

INEF

Report

Institut für Entwicklung und Frieden der
Gerhard-Mercator-Universität -GH- Duisburg
zur wissenschaftlichen Begleitung der
Stiftung Entwicklung und Frieden

Global Governance

Literaturbericht und Forschungsfragen

Holger Mürle

Heft 32/1998

**Gerhard-Mercator-Universität
Gesamthochschule Duisburg**

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
0 Einleitung	3
1 Definitionen und Überblick	3
1.1 Governance.....	4
1.2 Global Governance.....	5
1.3 Abgrenzung: Governance ist nicht Ordnungspolitik.....	7
2 Verschiedene Konzeptionen von <i>Global Governance</i>	7
2.1 Perspektive 1: Neue Regelungsformen von der lokalen zur globalen Ebene.....	8
2.1.1 Commission for Global Governance (CGG).....	8
2.1.2 Club of Rome	11
2.1.3 United Nations University (UNU).....	13
2.2.4 „Multilateralism and the United Nations System“ (MUNS) / „Global Transformation Network“ (GTNet).....	17
2.1.5 Rosenau	19
2.1.6 Altvater/Mahnkopf.....	22
2.1.7 Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) / Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF).....	23
2.2 Perspektive 2: Verdichtung internationaler Kooperation.....	25
2.2.1 Beiträge aus dem Bereich der Regimeanalyse	25
2.2.2 OECD	27
2.3 Perspektive 3: Problemorientierung	28
2.3.1 Centre for the Study of Global Governance der London School of Economics	28
2.3.2 Research Centre for Global Governance (Brasilien).....	29
2.4. Zusammenfassung.....	30
3 Verortung von <i>Global Governance</i> in der Forschungslandschaft.....	34
3.1 Regimeanalyse	34
3.2 Transnationalismus, Interdependenz, NGOs.....	36
3.3 Policy-Analyse, Steuerungstheorie, Netzwerkanalyse, Mehrebenen-system.....	38
4 Fazit	42
Bibliographie	46

Zur Person:

Holger Mürle, Diplom-Sozialwissenschaftler, geb. 1971, Studium der Politikwissenschaft, der Wirtschaftswissenschaften und des Öffentlichen Rechts an den Universitäten Tübingen, Sussex (GB), Duisburg und Bochum, seit Februar 1997 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fach Politikwissenschaft und im Institut für Entwicklung und Frieden der Gerhard-Mercator-Universität - GH Duisburg.

0 Einleitung

Global Governance ist in der Literatur über Internationale Beziehungen in den 90er Jahren zu einem häufig verwendeten Begriff geworden. Zumeist werden darunter Formen des 'Weltregierens ohne Weltregierung' (Rosenau/Czempiel 1992, Kohler-Koch 1993) verstanden, die als geeignet zur Lösung globaler Probleme angesehen werden. Oft wird mit *Global Governance* auch speziell die Suche nach politischen Antworten auf die Globalisierung¹ verbunden. Ähnlich wie Globalisierung ist *Global Governance* jedoch ein mit erheblichen Unschärfen umgebener Begriff. Ist *Global Governance* lediglich eine normative Vision - eventuell gar eine unerreichbare Utopie, Wunschenken ohne Realitätsbezug? Oder ist *Global Governance* auch ein analytisches Konzept, das die Strukturen und Dynamik der internationalen Politik in den 90er Jahren erfassen kann? Oder ist *Global Governance* vielleicht nur ein Sammelbegriff für eine Vielzahl anderer Diskussionsstränge - ohne selber neue Fragestellungen hervorzubringen?

In der vorliegenden Arbeit soll anhand eines systematischen Überblicks über den Stand der Literatur die Bedeutung von *Global Governance* geklärt und das mit dem Konzept verbundene Forschungsprogramm herausgearbeitet und diskutiert werden. Welche Fragestellungen werden mit *Global Governance* verbunden? Worin unterscheidet sich *Global Governance* von anderen wissenschaftlichen Ansätzen und welchen Beitrag können diese zum Forschungsprogramm von *Global Governance* leisten?

In einem ersten Schritt wird ein Überblick über die konzeptionellen Bestandteile von *Global Governance* gegeben, anhand derer die Diskussion strukturiert werden kann. Dann wird die Literatur über *Global Governance* vorgestellt und daraufhin untersucht, welche dieser Bestandteile in den unterschiedlichen Beiträgen in welchem Maße gewichtet werden. Als Ergebnis dieses Literaturüberblicks wird eine Liste von Fragen formuliert, die das Forschungsprogramm von *Global Governance* umreißen. In einem dritten Schritt wird dann der Versuch unternommen, das so definierte Programm von *Global Governance* in die Forschungslandschaft einzuordnen. Abschließend soll dann der Kernbereich von *Global Governance* bestimmt werden, der dieses Forschungsprogramm von anderen wissenschaftlichen Ansätzen unterscheidet.

1 Definitionen und Überblick

Der Begriff *Global Governance* wurde durch die Arbeit der *Commission for Global Governance (CGG)* (SEF 1991, CGG 1995 a, b, c) in den 90er Jahren in der internationalen Diskussion fest verankert. Der CGG kann aber keine exklusive Urheberschaft des Konzepts zugeschrieben werden: *Global Governance* bzw. *International Governance*² oder *Governance without Government* wurde bereits früher oder nahezu zeitgleich mit ähnlicher Bedeutung in mehreren anderen Publikationen verwendet (z.B. Ruggie 1975: 578, Cleveland 1988, Myers 1988, Sand 1990, Rosenau/Czempiel 1992, UNU Advisory

¹ Für einen Überblick über die Globalisierungsdiskussion siehe Beisheim/Walter 1997.

² „Global“ und „International“ wird zwar in einem Teil der Literatur analytisch unterschieden, wobei letzterer Begriff auf zwischenstaatliche Beziehungen eingeschränkt wird - es ist aber im Zusammenhang mit *governance* keine einheitliche Begriffsverwendung in diesem Sinne zu verzeichnen.

Team o.J.). Der Begriff *Global Governance* hat sich zwar inzwischen als Fachausdruck in der Wissenschaft etabliert, doch bleibt seine Bedeutung auf den ersten Blick schwer verständlich. Bevor im nächsten Kapitel auf die verschiedenen Konzeptionen von *Global Governance* eingegangen wird, soll hier kurz ein Überblick über die Bedeutung der zentralen Begriffe *governance* und *Global Governance* im Kontext des generellen sozialwissenschaftlichen Sprachgebrauchs gegeben werden.

1.1 Governance

Die Schwierigkeit, mit dem Begriff *Global Governance* einen klaren Inhalt zu verbinden, kann insbesondere auf die Verwendung des Begriffs *governance* zurückgeführt werden, der nicht nur deutschsprachige Leser irritieren mag, sondern auch im englischsprachigen Raum kein in der Alltagssprache geläufiger, klar umrissener Begriff ist (vgl. Myers 1988: 413, Rhodes 1996).³ Was bedeutet also - zunächst ungeachtet des Zusatzes *global - governance*?

Governance bezeichnet im allgemeinen englischen Sprachgebrauch die Handlung oder die Art und Weise des Regierens bzw. der Kontrolle oder Steuerung von Vorgängen (Simpson/Weiner 1989: 710). Im Unterschied zum Regieren durch Regierungen verweist *governance* auf das Vorhandensein von Regelungen, nicht aber auf einem a priori definierten Handlungsträger.

In den 80er Jahren gab es in den anglo-amerikanischen Sozialwissenschaften zwei

besonders prominente Konzeptionen von *governance*:

1. Die wirtschaftssoziologische Verwendung von *governance* als „gemeinsamen Beitrag von Staat, Verbänden und anderen sozialen Ordnungsmechanismen zur Regulierung (*governance*) von Märkten und Marktwirtschaften“ (Streeck 1994: 19, vgl. Hollingsworth 1991).

2. Die Verwendung von *Good Governance* durch die Weltbank (World Bank 1989: 60) als „exercise of political power to manage a nation's affairs“. Dieses Konzept ist im wesentlichen auf das Gebot der politischen Neutralität der Organisation zurückzuführen, weshalb der Begriff *government* vermieden wird. Im Kern geht es der Weltbank aber um die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Staates, um die Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Marktkräfte zu gewährleisten (vgl. Mürle 1997: 50f).

Diese spezielle Verwendung des *governance*-Begriffs durch die Weltbank spiegelt sich jedoch nicht inhaltlich in der *Global Governance*-Diskussion wieder. Dort überwiegt die allgemeine bzw. die wirtschaftssoziologische Bedeutung von *governance*, d.h. Regulierung wird nicht mit einem hierarchisch agierenden Staat gleichgesetzt.

Als deutschsprachiges Pendant von *governance* kann der Begriff *Steuerung* angesehen werden, dessen Verwendung im sozialwissenschaftlichen Sprachgebrauch sich in den 80er Jahren - bezogen auf Politik im staatlichen Rahmen - stark ausbreitete (Mayntz 1987: 91ff). Politische Steuerung bezeichnet „den säkularisierten, auf sachlich-technische Dimensionen reduzierten Prozeß politischer Herrschaftsausübung und tritt damit in Konkurrenz zu dem üblicherweise umfassender verwen-

³ In der wissenschaftlichen Fachliteratur wird der Begriff *governance* zwar seit längerem in verschiedenen Kontexten verwendet, z.B. als „corporate governance“, jedoch wurde er erst seit Ende der 70er Jahre häufiger im hier relevanten Kontext verwendet.

deten Begriff 'Regieren'" (Schubert 1994: 454).

Allgemein kann festgehalten werden, daß *governance* bedeutet, im Unterschied zu einer staatszentrierten Sichtweise zu

einer umfassenderen Betrachtung aller Regelungsformen sozialer Prozesse zu gelangen.

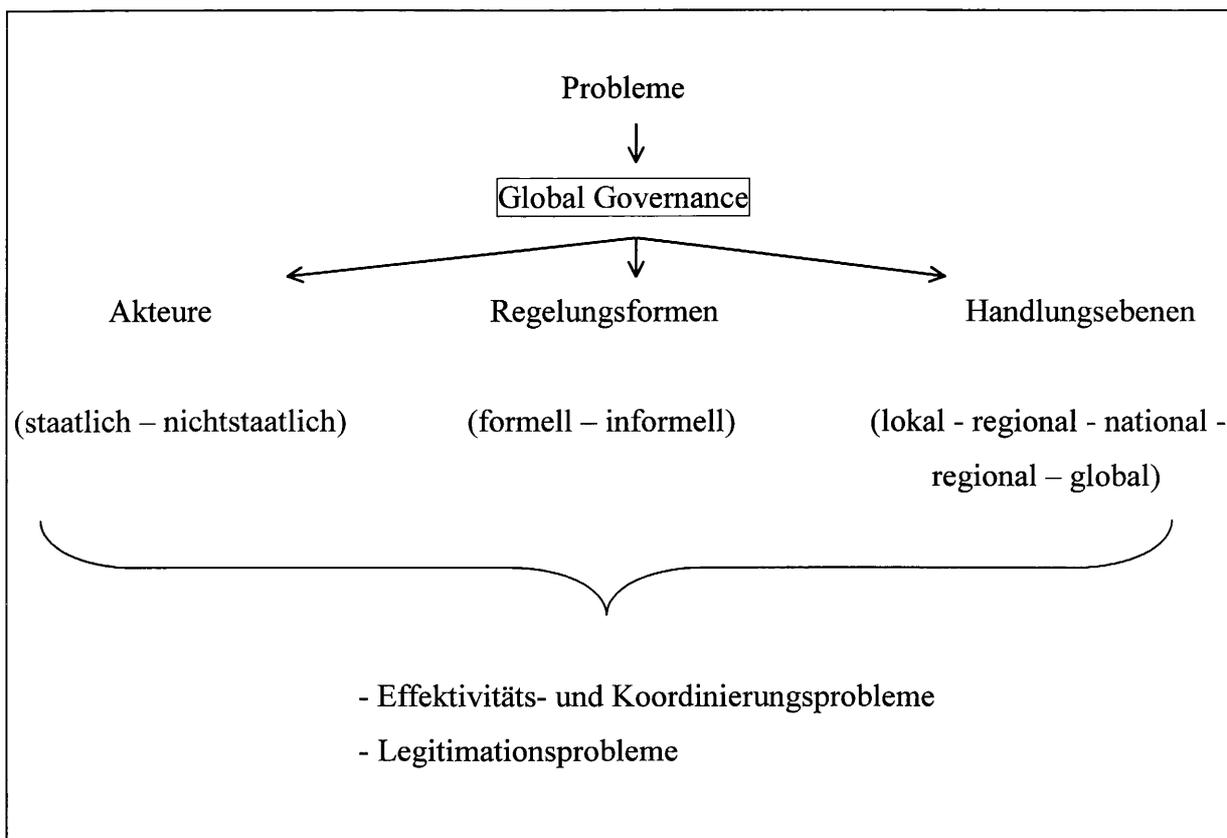


Schaubild 1: Elemente von *Global Governance*

1.2 Global Governance

Was bedeutet nun *Global Governance*? Betrachtet man die Gesamtheit der Diskussion über *Global Governance*, so können die folgenden fünf Dimensionen identifiziert werden (vgl. Schaubild 1), die in unterschiedlicher Gewichtung in den einzelnen Beiträgen zur Definition des Konzepts verwendet werden (siehe Kapitel 2):

1. *Global Governance* ist die Suche nach Lösungen für grenzüberschreitende Probleme, die zum Teil schon seit längerem bestehen (wie z.B. Entwicklung, Be-

völkerungswachstum, Migration) und zum Teil durch die aktuellen Formen der Globalisierung entstanden sind (wie z.B. Instabilität der internationalen Finanzmärkte, Steuersenkungswettläufe). Diese Dimension von *Global Governance* wird im folgenden **Probleme** genannt.

2. Für *Global Governance* sind neue Strukturen der Politik ein Mittel zur Lösung dieser Probleme. Neben formellen sind auch informelle Regelungen von Bedeutung, dem Verhältnis von nicht-staatlichen und staatlichen Akteuren wird große Aufmerksamkeit geschenkt. Diese Dimension von *Global Governance* wird im fol-

genden **Struktur 1** (Regelungsform, Akteure) genannt.

3. *Global Governance* thematisiert des weiteren die Aufgabenverteilungen zwischen den verschiedenen Ebenen der Politik. Die Regelungsmuster staatlicher und nichtstaatlicher Akteure (Struktur 1) können auf der lokalen, (mikro-) regionalen, nationalen, (makro-) regionalen und globalen Ebene angesiedelt sein und auch mehrere Ebenen umfassen. Die internationale (d.h. in der soeben eingeführten Terminologie globale und (makro-) regionale) Politik wird somit im Zusammenhang mit innenpolitischen Aspekten betrachtet. Diese Dimension von *Global Governance* wird im folgenden **Struktur 2** (Handlungsebenen) genannt.

Struktur 1 als horizontale Achse und Struktur 2 als vertikale Achse definieren gemeinsam die möglichen Steuerungsstrukturen von *Global Governance*.

4. *Global Governance* ist ein dynamisches, auf Wandel ausgerichtetes Konzept. Überlegungen über Wesen und Ursachen von Veränderungsprozessen sind ein wichtiger Bestandteil von *Global Governance*. Hierzu gehört unter anderem die Frage, welche Faktoren für Veränderungen von Bedeutung sind: Macht, Interesse, Werte und Ideen. Dabei geht es auch um die Frage, ob Veränderungen sich radikal oder inkrementell vollziehen und ob es sich dabei um harmonische bzw. kooperative oder um konfliktive Prozesse handelt. Diese Dimension von *Global Governance* wird im folgenden **Prozeß** genannt.

5. *Global Governance* ist letztlich die Suche nach politikfeldübergreifenden Ordnungsstrukturen. Dabei stellt sich das Problem der Interdependenzen zwischen verschiedenen Handlungsfeldern. Es wird nach Möglichkeiten der Koordination verschiedener Aktivitäten und der Integration

von Einzelmaßnahmen in einen Gesamtrahmen mit dem Ziel der effektiven Problemlösung gesucht. Darüber hinaus stellt sich die Frage der demokratischen Legitimation. Diese Dimension von *Global Governance* wird im folgenden **Ordnungsfragen** (komplexitätsbedingte Effektivitäts- und Koordinationsprobleme, Legitimationsprobleme) genannt.⁴

Bei jeder dieser fünf Dimensionen ist zwischen einem **empirisch-analytischen** und einem **normativ-präskriptiven** Verständnis von *Global Governance* zu unterscheiden. Im empirisch-analytischen Verständnis von *Global Governance* geht es um die Analyse real beobachtbarer Phänomene, während es im normativ-präskriptiven Verständnis von *Global Governance* um die Entwicklung von Handlungsvorschlägen für die Zukunft geht. Unter „normativ-präskriptiv“ wird hier also eine auf bestimmte Ziele ausgerichtete Handlungsorientierung verstanden, was zu unterscheiden ist von den unvermeidlichen Wertentscheidungen der Wissenschaftler, die auch am Anfang jeder empirischen Analyse stehen und offenzulegen sind. Des weiteren ist „normativ-präskriptiv“ nicht mit der Analyse von Werten gleichzusetzen, die sowohl empirisch als auch logisch-philosophisch erfolgen kann.

Im zweiten Kapitel werden die mit den Dimensionen von *Global Governance* ver-

⁴ Der Begriff Ordnung wird hier in einem allgemeinen Sinn für Fragen verwendet, die über isoliert betrachtete, sektorale Problemlösungen hinausgehen. Er entspricht dem Verständnis von Weltordnung als Gesamtheit der Regelungsmuster und ist nicht mit ökonomischer Ordnungspolitik zu verwechseln. Auch ist er von der Übersetzung von *Global Governance* als „Weltordnungspolitik“ zu unterscheiden. In der vorliegenden Arbeit stellen Ordnungsfragen nur einen Teilaspekt von *Global Governance* dar (vgl. Kap. 1.3).

bundenen Aussagen und Fragen konkretisiert werden.

1.3 Abgrenzung: Governance ist nicht Ordnungspolitik

In der deutschsprachigen Literatur wird *Global Governance* des öfteren mit „Weltordnungspolitik“ übersetzt (CGG 1995b, vgl. Messner/Nuscheler 1996c: 19f). Dabei kann man „Ordnung“ in einem sehr weiten Sinn als Vorhandensein von Regeln - als Gegenbegriff zu Anarchie - verstehen. „Weltordnungspolitik“ drückt dann das Bemühen um vermehrte Regelungen in globalen Politikfeldern aus.

Diese in der Literatur über *Global Governance* verbreitete, sehr allgemeine Verwendung des Begriffs *governance* ist vom wirtschaftswissenschaftlichen Verständnis von „Ordnungspolitik“ zu unterscheiden. Dieses bezieht sich auf die Setzung von allgemeinen Rahmenregeln für das Wirtschaftsleben und wird von Prozeßpolitik - d.h. direkten Eingriffen - unterschieden. Ziel von Ordnungspolitik ist zum einen die Aufrechterhaltung des freien Wettbewerbs, zum anderen die Korrektur gesellschaftlich nicht erwünschter Effekte der Marktwirtschaft. Dieses spezifische Verständnis von Ordnungspolitik klingt in der Diskussion über *Global Governance* zwar bisweilen an (Weltwettbewerbsordnung, ökologische und soziale Handelsstandards), wird aber nicht systematisch verwendet. *Global Governance* ist ein umfassenderes Konzept, das über Fragen der Funktionsfähigkeit von Märkten und der staatlichen Regulierung hinausgeht: z.B. wird auch demokratische Partizipation thematisiert. Die mit dem ökonomischen Verständnis von Ordnungspolitik verbundene Frage, inwieweit nur Rahmenbedingungen geregelt werden und ansonsten gesellschaftliche Prozesse frei ablaufen

bzw. nicht substantiell geregelt werden sollen, ist *ein* wichtiger Forschungsaspekt von *Global Governance* (vgl. CGG 1995a: 338).

Da die mit dem wirtschaftswissenschaftlichen Verständnis von „Ordnungspolitik“ verbundenen Inhalte nicht deckungsgleich mit den im Rahmen der *Global Governance*-Diskussion diskutierten Themen sind und um Mißverständnisse zu vermeiden, wird im folgenden - im Unterschied zur deutschen Übersetzung des Berichts der Commission for Global Governance - am englischen Begriff festgehalten.⁵

2 Verschiedene Konzeptionen von *Global Governance*

In diesem Kapitel sollen die verschiedenen Konzeptionen von *Global Governance* in der Literatur vorgestellt werden.⁶ Dabei können drei Strömungen unterschieden werden. Die erste Strömung versucht, politikfeldübergreifend und alle Handlungsebenen von der lokalen bis zur globalen Ebene umfassend Politik zu analysieren. Die zweite Strömung konzentriert sich auf sektorale Bereiche der internationalen Politik und hat überwiegend die Kooperation zwischen Staaten im Blick. Die dritte Strömung stellt die Suche nach Lösungen für globale Probleme in den Mittelpunkt,

⁵ Die Frage, ob im Rahmen von *Global Governance* nur allgemeine Rahmenbedingungen gesetzt werden sollen oder auch konkrete inhaltliche Regelungen, ist ungeachtet dieser sprachlichen Überlegungen sehr wichtig (Ordnungspolitik versus Prozeßpolitik).

⁶ Berücksichtigt werden solche Ansätze, die sich selbst als „global“ oder „international governance“ bezeichnen sowie solche, die sich inhaltlich mit dem gleichen Fragenkomplex beschäftigen, ohne explizit diese Bezeichnung zu führen.

ohne sich systematisch mit den hierfür erforderlichen Strukturen auseinanderzusetzen.

Die Arbeit der *Commission on Global Governance* wird bei der Darstellung der einzelnen Konzeptionen als Referenzpunkt verwendet, da diese eine zentrale Stellung in der Literatur einnimmt.⁷

2.1 Perspektive 1: Neue Regulationsformen von der lokalen zur globalen Ebene

2.1.1 Commission for Global Governance (CGG)

Die *Commission for Global Governance* (CGG) wurde offiziell 1992 - nach mehreren Vortreffen seit 1990 - auf Initiative von Willy Brandt gegründet (CGG 1995c: 395). Ihre Arbeit ist im wesentlichen in drei Publikationen dokumentiert: dem Ausgangsdokument der Kommissionsarbeit „Gemeinsame Verantwortung in den 90er Jahren“, das von der „Stockholm Initiative on Global Security and Governance“ verfaßt wurde (SEF 1991), dem Schlußbericht „Our Common Neighbourhood“ bzw. „Nachbarn in einer Welt“ (CGG 1995a bzw. 1995b) und den Hintergrundpapieren „Issues in Global Governance“, die zur Vorbereitung des Schlußberichts von einzelnen Wissenschaftlern verfaßt wurden (CGG 1995c).⁸ Im Unterschied zu den vorausgegangenen unabhängigen Kommissionen (Brandt, Brundtland, Nyerere etc.), die sich jeweils mit bestimmten Teilaspekten der Weltpo-

litik befaßten, war es das Ziel dieser Kommission, die Gesamtheit der weltpolitischen Herausforderungen und die Steuerungsproblematik zu analysieren. Vor dem Hintergrund der durch das Ende des Kalten Kriegs erweiterten politischen Handlungsspielräume und den im Vergleich zur Zeit unmittelbar nach dem Ende des zweiten Weltkriegs veränderten strukturellen Rahmenbedingungen - eine größere Anzahl von Staaten und eine gestiegene Bedeutung transnationaler Akteure - sollten operationale Handlungsempfehlungen für eine institutionelle Neugestaltung der internationalen Beziehungen formuliert werden. In diesem Sinn wollte die Kommission zur Schaffung einer besseren, kooperativen „Weltordnung“ beitragen (CGG 1995a: 366ff), wobei die Idee eines Weltstaates aufgrund befürchteter demokratischer Defizite von vornherein ausgeklammert wurde (CGG 1995a: xvi). Ziel der CGG ist es, „Frieden und Fortschritt für alle Menschen“ zu fördern (CGG 1995b: 9). Sie hält die bestehenden Institutionen für unzureichend, um die Probleme von Gewalt - insbesondere innerhalb von Staaten in Form von Verletzungen der Menschen- und Minderheitenrechte -, weltwirtschaftliche Instabilität, Armut und Umweltzerstörung zu bewältigen (CGG 1995a: 7ff, 368ff).

In den ersten beiden Kapiteln des Buchs werden die Konzepte und die Werte erläutert, die als Grundlage der Problemlösung angesehen werden. In den restlichen Kapiteln werden dann konkrete Vorschläge in einzelnen Sachbereichen entwickelt (CGG 1995b: 9).

Die CGG (1995a: 2f, Hervorhebung ergänzt) definiert *Global Governance* wie folgt:

⁷ Deshalb werden die folgenden Ansätze nicht in chronologischer Reihenfolge vorgestellt.

⁸ Weitere Dokumente wie z.B. Reden von Kommissionsmitgliedern, aber auch der Volltext des Berichts, sind auf den Webseiten der CGG zu finden: [<http://www.cgg.ch>]

„Governance is the sum of the many ways individuals and institutions, public and private, manage their common affairs. It is a continuing process through which conflicting or diverse interests may be accommodated and co-operative action may be taken. It includes formal institutions and regimes empowered to enforce compliance, as well as informal arrangements that people and institutions either have agreed to or perceive to be in their interest.

Examples of governance at the local level include a neighbourhood co-operative formed to install and maintain a standing water pipe, a town council operating a waste recycling scheme, a multi-urban body developing an integrated transport plan together with user groups, a stock exchange regulating itself with national government oversight, and a regional initiative of state agencies, industrial groups, and residents to control deforestation. At the global level, governance has been viewed primarily as intergovernmental relationships, but it must now be understood as also involving non-governmental organizations (NGOs), citizens' movements, multinational corporations, and the global capital market. Interacting with these are global mass media of dramatically enlarged influence.“

Governance wird somit sehr umfassend definiert als eine Pluralität von formellen und informellen Regelungen, mit denen staatliche und/oder nichtstaatliche Akteure ihre Beziehungen kooperativ regeln. Dabei wird je nach zu regelndem Problem an die Regelungsformen Markt, staatliche Hierarchie oder kooperatives Netzwerk gedacht (CGG 1995a: 5). Das Hauptaugenmerk der Kommission gilt der globalen Ebene. In diesem Bereich mißt sie wiederum der Reform der internationalen Institutionen besondere Bedeutung zu

(CGG 1995a: 370). Der Bericht analysiert die Themenfelder Sicherheit, Wirtschaft, Reform der Vereinten Nationen und Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und unterbreitet konkrete Handlungsempfehlungen wie beispielweise die Schaffung eines Rates für wirtschaftliche Sicherheit, die Einführung eines Petitionsrechts nicht-staatlicher Akteure beim Sicherheitsrat oder die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofes.

Außer der globalen Ebene finden auch die lokale, nationale und (makro-) regionale Ebene Beachtung:

„Although bound to respond to the specific requirements of different issue areas, governance must take an integrated approach to questions of human survival and prosperity. Recognizing the systemic nature of these issues, it must promote systemic approaches in dealing with them.

Effective global decision-making thus needs to build upon and influence decisions taken locally, nationally, and regionally, and to draw on the skills and resources of a diversity of people and institutions at many levels. It must build partnerships - networks of institutions and processes - that enable global actors to pool information, knowledge, and capacities and to develop joint policies and practices on issues of common concern.“ (CGG 1995a: 4f).

Die unterhalb der globalen Ebene liegenden Ebenen werden im Bericht nur in dieser sehr allgemeinen Weise als Beitrag zu kohärenten Lösungsstrategien für globale Probleme betrachtet. Die nationale Ebene findet knapp Erwähnung im Zusammenhang mit der Forderung nach politischen Strukturen, die mehr Partizipation aller Bürger ermöglichen (CGG 1995b: 43ff). Bezüglich der (makro-) regionalen Ebene wird festgestellt, daß diese zur Lö-

sung mancher Probleme geeigneter ist als die globale Ebene, wobei allerdings regionale Organisationen in einen diese koordinierenden, globalen Rahmen eingegliedert sein müssen (CGG 1995b: 29f, 168f, 315ff). Im Zusammenhang mit dem Zusammenwirken der verschiedenen Ebenen wird auch auf das im EU-Vertrag verankerte Subsidiaritätsprinzip verwiesen als „Rahmen für die effiziente Verteilung von Zuständigkeiten auf globale, regionale, nationale und lokale Institutionen“ (CGG 1995b: 168). Insgesamt liegt der Schwerpunkt des Berichts aber auf globalen Institutionen.

Die CGG hält die Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure in globale Ordnungsstrukturen deshalb für nötig, weil deren Zahl, Bedeutung und Leistungsfähigkeit in den letzten 50 Jahren seit Gründung der UNO erheblich zugenommen hat: Dabei handelt es sich v.a. um zivilgesellschaftliche NGOs, Privatunternehmen, zwischenstaatliche Regionalorganisationen und Medien. Des Weiteren wird auf die größeren Gestaltungsfähigkeiten vieler Menschen verwiesen (CGG 1995b: 29ff). Die CGG stellt fest, daß es zur Erreichung der Ziele Frieden und 'Wohlstand für alle' der gemeinsamen, aufeinander abgestimmten Anstrengungen aller Akteure bedarf. Hierfür schlägt sie insbesondere eine Reform der UNO vor, die als Koordinierungsgremium fungieren soll (CGG 1995b: 8f). Insgesamt wird so das in Kapitel 1 des Berichts definitorisch sehr weit gefaßte - um nicht zu sagen vage - Konzept *Global Governance* durch die Ausführungen in den folgenden Kapiteln des Buches konkretisiert: Es geht um mehr Kooperation, „Netzwerke von Institutionen und Prozessen“ (CGG 1995b: 7) werden im Rahmen der UNO koordiniert, um die weltpolitischen Probleme zu lösen. Dessen

ungeachtet verbleiben viele Aufgaben für die Staaten und Regionalorganisationen: Diese Netzwerke sind zu ihnen komplementär, ersetzen sie nicht.

Grundlage für derartige Kooperation und Koordination ist die Akzeptanz gemeinsamer „nachbarschaftlicher“ Werte - Rechte wie auch Pflichten (Kap. 2). Die CGG ist sich bewußt, daß es zur Umsetzung ihrer Vorschläge eines oft fehlenden „politischen Willens“ bedarf (CGG 1995b: 365). Die Kommission will mit ihrem Bericht einen Beitrag dazu leisten, daß mehr Menschen und insbesondere auch Politiker ihr Handeln an der „Vision einer besseren Welt“ ausrichten und so zu deren schrittweisen Verwirklichung beitragen (CGG 1995b: 14f). Führungspersönlichkeiten wird somit eine wichtige Rolle im System von *Global Governance* zugeschrieben (CGG 1995b: 45f, 388ff).

Global Governance im Sinne der CGG bedeutet im Kern mehr Kooperation staatlicher und nicht-staatlicher Akteure auf allen Politikebenen, mehr Koordination (im Rahmen der UNO) sowie eine zentrale Stellung der Menschen in der Politik (Partizipation, Menschenrechte vs. Staatenrechte). Die normativen Reformvorschläge beruhen auf der empirischen Beobachtung realer Probleme (Kap. 1), einem größeren Selbststeuerungspotential von Individuen, gesellschaftlichen und ökonomischen Akteuren (CGG 1995b: 5f) sowie der Annahme eines größeren Problembewußtseins und grenzüberschreitenden Solidaritätsgefühls (CGG 1995b: 392f). In der Sicht der Kommission ist in der gegenwärtigen Zeit ein zuvor nie vorhandenes Problemlösungspotential vorhanden, das positiv genutzt werden kann. Die CGG redet dabei nicht nur formal-abstrakt von „neuen Politikmustern“ in der Gegenwart, sondern

macht auch konkrete Vorschläge, wie das Problemlösungspotential besser genutzt werden könnte. Das *Global Governance-Verständnis* der CGG enthält sowohl **empirisch-analytische** als auch **normativ-präskriptive** Elemente. Während die Dimensionen **Problem, Struktur 1** (Regelungsformen, Akteure) und **Ordnungsfragen** relativ ausführlich behandelt werden und die **Struktur 2** (Ebenen) zumindest in groben Zügen umrissen wird, wird hinsichtlich der Dimension der Veränderungsprozesse auf die Einsicht der Akteure und wertgeleitetes Handeln gesetzt. Es wird nicht analysiert, wie solche Veränderungsprozesse als Austragung von Macht- und Interessenkonflikten zustandekommen. Insgesamt entsteht so der Eindruck eines harmonischen Weltbilds. Zwar findet sich der isolierte Verweis, daß einige gesellschaftliche Akteure „negativistisch, eigennützig oder destruktiv“ (CGG 1995b: 6) sind, doch wird dies nicht weiter thematisiert. Auch wird zwar am Rande angesprochen, daß es gesellschaftlich benachteiligte Gruppen gibt (CGG 1995b: 43f), doch wird die Möglichkeit von Gewinnern und Verlierern von *Global Governance* nicht berücksichtigt. Der Eindruck des harmonischen Weltbilds wird auch noch dadurch verstärkt, daß mögliche „trade-offs“ zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen nicht thematisiert werden.

2.1.2 Club of Rome⁹

Bereits vor der CGG befaßte sich der *Club of Rome* in seinem Bericht „The First Global Revolution“ von 1991 mit den Folgen des Endes des Ost-West-Konflikts, durch

den viele zuvor von diesem überlagerte Weltprobleme stärker zu Tage traten (King/Schneider 1992: 14). Der Bericht beschreibt diese Probleme und deren Wechselwirkungen - zentral sind Abrüstung, Umweltschutz und Entwicklung - und versucht, hierfür Lösungen zu entwerfen. Zur Bewältigung der komplexen, interdependenten Probleme wird die Lösungsstrategie einer „gleichzeitigen, umfassenden Inangriffnahme aller Probleme auf allen Ebenen“ (King/Schneider 1992: 123) durch verbesserte *governance* formuliert. *Governance* wird dabei folgendermaßen definiert:

„We use the term *governance* to denote the command mechanisms of a social system and its actions that endeavour to provide security, prosperity, coherence, order and continuity to the system. ... Taken broadly, the concept of *governance* should not be restricted to the national and international systems but should be used in relation to regional, provincial and local governments as well as to other social systems such as education and the military, to private enterprises and even to the microcosmos of the family.“ (King/Schneider 1991: 181f)

Zwar kritisiert Rosenau (1995: 14) an dieser Definition die Verwendung des Begriffs „command“, der seiner Ansicht nach zu einschränkend auf hierarchische Strukturen verweist, doch zeigen die weiteren Ausführungen des *Club of Rome* über *governance*, daß damit - wie auch bei der CGG - Steuerung in einem umfassenderen Sinn gemeint ist. So hebt der Bericht die Bedeutung lokaler Projekte hervor (King/Schneider 1992: 146ff, 207ff) und betont, daß für effektive Politik die Zusammenarbeit des Staates mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren notwendig ist (King/Schneider 1992: 161).

⁹ Auf den Internet-Seiten des *Club of Rome* finden sich ebenfalls Ausführungen über das Thema (*Global*) *Governance*: [<http://www.clubofrome.org>].

Der Bericht analysiert einige Ursachen für das bisherige Versagen der staatlichen Politik beim Versuch der Lösung der Weltprobleme: Er identifiziert erstens die Inkohärenz sektoral segmentierter Regierungspolitik, zweitens die Orientierung von Politikern und Wählern an kurzfristigen Interessen und drittens die Wahl einer unangemessenen Handlungsebene für viele Probleme. Des Weiteren werden Konservatismus der Regierenden, Korruption, Konfrontations- statt Konsensorientierung und überzogenes Vertrauen in die Marktkräfte angesprochen. Konkrete Strategien zur Überwindung dieser Hindernisse werden aber nicht entwickelt.

Statt dessen setzt der *Club of Rome* zur Erreichung seiner Ziele auf allgemeinere Grundlagen für sozialen Wandel: Erziehung/Bildung, Wissenschaft/Technologie und die Massenmedien. Letztere sollen mehr öffentliches Bewußtsein für die globalen Handlungsnotwendigkeiten schaffen (King/Schneider 1992: 175ff). Auch der Förderung von individuellen und kollektiven Werten - wie z.B. mehr Solidarität - wird eine wichtige Rolle für den Wandel zugeschrieben (King/Schneider 1992: 121, 191ff). Des Weiteren werden eine Reform der UNO (King/Schneider 1992: 168ff) und eine stärkere Orientierung der Führungskräfte an der Lösung globaler Probleme (King/Schneider 1992:171ff) verlangt. Als Anforderungen an Führungskräfte werden u.a. die Orientierung an einer „strategischen Vision“ und einer „ethischen Perspektive“ sowie Lernfähigkeit formuliert (King/Schneider 1992: 172).

Ergänzt wird der Bericht des *Club of Rome* durch das 1994 erschienene Buch von Yehezkel Dror mit dem Titel „The Capacity to Govern“ bzw. „Ist die Erde noch regierbar?“, das als Bericht an den

Club of Rome verfaßt wurde (Dror 1994). Dror führt die Ideen von „The First Global Revolution“ weiter aus, fügt aber keine wesentlich neuen Gedanken hinzu.

Insgesamt treten im Ansatz des *Club of Rome* alle Dimensionen von *Global Governance* deutlich hervor:

- Globale **Probleme** werden analysiert und Lösungen hierfür gesucht.
- Nicht-staatliche Akteure werden als wichtiger Bestandteil einer Lösungsstrategie angesehen, allerdings werden informelle Politikmuster und die Art des Zusammenwirkens staatlicher und nicht-staatlicher Akteure kaum behandelt (**Struktur 1**).
- Die Aufgabenverteilung zwischen den Politikebenen wird als zentrales Problem erfolgreicher Steuerung angesehen und eine neue Aufgabenverteilung von der lokalen bis zur globalen Ebene wird gefordert, die exemplarisch für den Bereich Entwicklung (King/Schneider 1992: 139ff) präzisiert wird (**Struktur 2**).
- Der **Prozeß** der Umsetzung von Lösungsstrategien wird durch die Analyse der bisherigen Hindernisse für kohärente Problemlösungen angesprochen, allerdings werden unterschiedliche Interessen und Machtverhältnisse nicht thematisiert. Statt dessen wird nach harmonischen Lösungen gesucht (z.B. King/Schneider 1992: 164).
- **Ordnungsfragen** im Sinne kohärenter Problemlösungen stehen mit der Forderung nach einer integrierten Problemlösungsstrategie im Zentrum des Ansatzes des *Club of Rome*. Dabei geht es überwiegend um die Ziele Effizienz und Gerechtigkeit, Fragen demokratischer Legitimation werden kaum berücksichtigt.

Der Bericht enthält sowohl **empirisch-analytische (Problemanalyse, Struktur 1 und 2, Prozeß)** als auch **normativ-präskriptive (Problemlösung, Struktur 1 und 2, Prozeß, Ordnungsfragen)** Komponenten. Zwischen der Analyse konkreter Hemmnisse und der Formulierung der Lösungsstrategie bestehen jedoch nur wenig Bezüge, was daran liegen mag, daß als Kerndiagnose der Mangel an integrierten Problemlösungen angesehen wird, welche nicht durch inkrementelle Politikveränderungen erreicht werden können. Im Vergleich zur CGG gibt es ein erhebliches Maß an inhaltlicher Konvergenz (vgl. Knight 1995: 236), doch befaßt sich der *Club of Rome* weniger ausführlich mit internationalen Institutionen als die CGG.

2.1.3 United Nations University (UNU)¹⁰

Die *United Nations University* (UNU) verfolgt im Planungszeitraum 1996-2001 neben ihren Programmen über Umwelt, Entwicklung sowie Wissenschaft und Technologie auch ein Programm zu „Peace and Governance“. Zu dessen Vorbereitung verfaßte eine Beratungsgruppe aus internationalen Experten einen Bericht mit dem Titel: „Programme on Peace, Security and Global Governance“ (UNU Advisory Team o.J.).¹¹

Darin wird *Global Governance* folgendermaßen definiert:

„By the term "governance", the AT (advisory team, H.M.) means the "rules of the game", both formal and informal, by which society manages its relations and resolves its conflicts through state and non-state instrumentalities. This very concept has undergone major changes since the creation of the UN – changes concerning both global governance, and governance at national level. Indeed, it is evident that governance represents a highly dynamic and inter-active complex of norms, processes and institutions ranging from local to national, and from national to regional and global. Studies on global governance must thus take account of the fact that implementation and enforcement of multilateral policy still depend to a large extent on action at national level, on national implementation tools and, increasingly, on regional or subregional institutions. Sources of inter-state conflict, or threats to peace, more often than not have their origin in internal stresses, in the absence of democracy, in human rights violations and in a variety of socio-political and economic tensions at national level. Hence the importance of involving in the study of global issues scholars and institutions concerned also with the local or national aspects of governance.“

Das *Governance*-Konzept der UNU-Beratungsgruppe ist dem der CGG sehr ähnlich: Es bezeichnet die Gesamtheit der von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren getragenen informellen und formellen Regeln einer Gesellschaft (wobei Gesellschaft hier als alle Teilsysteme - Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft - umfassender Überbegriff zu verstehen ist). Verglichen mit der CGG werden allerdings die Verbindungen zwischen den Governance-Ebenen stärker betont. Ausgangspunkt der Analyse von *Global Governance* sind zwar

¹⁰ Alle Ausführungen in diesem Abschnitt beruhen auf: UNU Advisory Team o.J.. Außerdem wurden weitere Informationen von der UNU-Internet-Seite verwendet [http://www.unu.edu/hq/academic/Pg_area1/Pg-area1.html].

¹¹ Mitglied der Beratungsgruppe war auch der Präsident des *Club of Rome*, Ricardo Diez-Hochleitner. Zur Vorbereitung des Berichts wurden Hintergrundpapiere verfaßt, die im Anhang des Berichts aufgeführt werden.

policy-making-Prozesse auf der globalen Ebene, doch wird betont, daß

- a) die Umsetzung international beschlossener Politiken wesentlich von der nationalen Ebene abhängt
- b) viele Probleme der internationalen Politik ihren Ursprung auf der nationalen (oder sub-nationalen) Ebene haben.

Bei der Analyse der auf globaler Ebene stattfindenden Prozesse sind deshalb auch die anderen Ebenen zu berücksichtigen. In der Forschungspraxis soll dies durch eine stärkere Kooperation von Experten der internationalen Politik mit Experten nationaler Politik erreicht werden.

Nach Ansicht der UNU-Beratungsgruppe spiegelt der Governance-Begriff wichtige Veränderungen in der realen Politik wieder (im Vergleich zum staatszentrierten *government*-Begriff):

1. Die gewachsene Bedeutung von nicht-staatlichen Akteuren, insbesondere in den Bereichen Menschenrechte und Umwelt, wird hervorgehoben.
2. Eine Erosion nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit, eine Verschiebung des „focus of governance“ zugleich auf die sub-nationale und auf die supra-nationale¹² Ebene wird konstatiert. In Politik, Wirtschaft und Kultur sind Prozesse der „Fragmentierung“ und „Integration“ bzw. „Globalisierung“ zu beobachten.

Global Governance soll eine Antwort auf die durch das Ende des Ost-West-Konflikts entstehende multipolare, politisch teilweise instabile Welt darstellen. Die bestehenden internationalen Institutionen werden als unzureichend und reformbedürftig zur Bewältigung der neuen Herausforderungen angesehen.

¹² Hier nicht im Sinne von supranational vs. international sondern synonym mit international verwendet.

Die Beratungsgruppe schlägt eine Reihe von **Forschungsschwerpunkten** für die Arbeit der UNU über *Global Governance* vor:

1. Ethische Grundlagen

Es soll kulturvergleichend untersucht werden, welche für *Global Governance* wichtigen Werte - wie z.B. Toleranz, Gewaltfreiheit, Gerechtigkeit, Partizipation, Gleichheit, Solidarität bzw. Wohltätigkeit oder Harmonie mit der natürlichen Umwelt - universell sind bzw. welche regional unterschiedlichen Ausprägungen es gibt. Hierzu wird eine Pluralität methodischer Ansätze - sowohl „spekulative“ als auch historische und empirische - empfohlen.

2. Demokratie

Die Strukturen und Aktivitäten staatlicher und nichtstaatlicher internationaler Organisationen sollen auf ihren demokratischen Gehalt hin überprüft werden: „*Attention should be paid in that connection to the important role of transparency and publicity (associated with decision-making, with reporting requirements or practices in international organizations, with quasi-judicatory processes, or with particular monitoring schemes) and the resulting exposure to peer judgment or public opinion, often reinforced by the action of the media and NGOs, as a safeguard of democratic precepts in international organizations ...*“.

Des weiteren soll der Beitrag internationaler Organisationen zur Förderung und Unterstützung nationaler demokratischer Strukturen untersucht werden, z.B. durch Interventionismus, Wahlbeobachtung, Ausbildungsprogramme etc.

3. Föderalismus

Durch Fallstudien und vergleichende Forschung sollen Erfahrungen mit föderalistischen Strukturen, regionaler Autonomie, lokaler Selbstregierung und der Bewahrung von kulturellem und ethnischem Pluralismus systematisch für die Politikgestaltung bereitgestellt werden. *„In that perspective, it will also be important (i) to discuss the role of international organizations, regional as well as global, as guarantors of cultural pluralism and minority rights, and (ii) to consider the channels by which sub-national and supranational institutions – governmental or non-governmental – can inter-communicate and interact in a federalist model.“*

4. Menschenrechte

Angesichts der großen Zahl bereits existierender Arbeiten zu Menschenrechten schlägt das AT zunächst eine systematische Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Menschenrechtsdiskussion seit der Wiener Konferenz von 1993 vor. Generell soll dabei die Kohärenz der kodifizierten Menschenrechte im Hinblick auf die Wertebasis von *Global Governance* überprüft werden. Als mögliche spezielle Untersuchungsfelder werden angesehen:

„i) the problem of compliance and implementation, including monitoring and the respective adjudicatory procedures and enforcement tools relating to human rights norms; (ii) intervention in case of serious human rights violations: legitimacy, financing and operational aspects; (iii) the role of NGOs and media, and (iv) the relations between national, regional and global action.“

5. Kampf gegen ökonomische Not und Ungerechtigkeit

Die Mechanismen des „global economic and social management“ sollen überdacht werden. Unter anderem wird nach *„better channels of communication and coordination mechanisms between the UN proper and the Bretton Woods institutions“* gesucht. Außerdem sollen die politischen, normativen und institutionellen Bedingungen ökonomischer Entwicklung verstärkt berücksichtigt werden.

6. Infrastruktur von *Global Governance*

Angesichts der bereits intensiv geführten akademischen und politischen Debatten über die „institutional infrastructure of the international community“ soll sich die UNO gezielt auf einige spezifische, die UNO betreffende Reformvorschläge beschränken: die Aufgaben und Struktur des Sicherheitsrats und der Generalversammlung sowie die Finanzierung und Personalpolitik der UNO. Fragen der Machtverteilung, der Effektivität und Effizienz sollen bei der Erarbeitung derartiger Vorschläge im Mittelpunkt stehen.

7. Neue Akteure

Die Rolle nichtstaatlicher Akteure - wie z.B. globale Medien, transnationale Konzerne und globale „advocacy-type NGOs“ - bei der Formulierung und Umsetzung multilateraler Politik soll vergleichend analysiert werden. Hierzu sollen spezifische Politikbereiche untersucht werden, wie z.B. Menschenrechte, humanitäre Aktionen, Umweltschutz und Bewahrung kultureller Pluralität. Dabei sollen auch die Fragen der demokratischen Legitimation, der Transparenz und „accountability“ die-

ser Organisationen selber analysiert werden.

8. Frieden und Sicherheit

Theoretische und empirische Forschung über Konfliktursachen und über operative Voraussetzungen, Legitimität und Effektivität verschiedener Konfliktbearbeitungsmöglichkeiten sind ein wichtiger Bestandteil des UNU-Programms über „Peace and Governance“. Unter anderem werden thematisiert: Mediationsverfahren, Wirtschaftssanktionen, kollektive Interventionen, internationale Strafgerichtsbarkeit sowie die Rolle regionaler Sicherheitsorganisationen.

Konkret umgesetzt wird dieses Forschungsprogramm innerhalb der UNU in den Jahren 1998 und 1999 durch folgende Projekte im Rahmen von drei Unterprogrammen¹³:

- *Security Studies*
 - Rising and Fading Powers: International Order in Transition
- *Governance Studies*
 - The Legitimacy of International Organizations
 - Ethics and International Affairs: International Community in the Making
 - The Changing Nature of Democracy
 - The United Nations System in the 21st Century
- *United Nations Studies*
 - Analysis of the Corporate Culture of the United Nations Secretariat
 - Cooperation between the United Nations and Regional Organization in Peace-keeping Operations.

¹³ Eine Kurzbeschreibung der Projekte ist zu finden in [http://www.unu.edu/hq/academic/Pg_area1/Pg-area1.html].

Im Unterschied zur CGG enthält der Bericht der UNU-Beratungsgruppe keine (**normativ-präskriptiven**) Lösungsperspektiven für konkrete Probleme, sondern er formuliert ein (**empirisch-analytisches**) Forschungsprogramm, das politikrelevantes Wissen hervorbringen soll:

- als **Problemfelder** werden insbesondere Menschenrechte, Wirtschaft/Entwicklung und Sicherheit benannt¹⁴;
- die Rolle und Bedeutung nicht-staatlicher Akteure in der internationalen Politik soll untersucht werden (**Struktur 1**);
- das Zusammenwirken der Politikebenen wird thematisiert, insbesondere im Rahmen föderalistischer Strukturen und im Hinblick auf Konfliktursachen auf der nationalen und subnationalen Ebene (**Struktur 2**);
- die Frage der zwischenstaatlichen Machtkonstellationen wird als die Chancen der Verbesserung von *Global Governance* einschränkende Kontextbedingung genannt, bis auf den Aspekt der Machtverteilung im UN-Sicherheitsrat aber im konkreten Forschungsprogramm nicht weiter problematisiert. Hingegen gilt der Analyse der Werte, die Grundlage für *Global Governance* sein sollen, große Aufmerksamkeit (**Prozeß**);
- die Legitimationsproblematik staatlicher und nicht-staatlicher internationaler Organisationen sowie die Frage der Politikeffizienz im Rahmen der UNO als problemfeldübergreifende „Infrastruktur“ von *Global Governance* werden angesprochen, die Frage der

¹⁴ Auch der Bereich Umweltschutz wird angesprochen, ist jedoch zentraler Gegenstand eines anderen UNU-Programms.

Politikkohärenz jedoch nicht. (Ordnungsfragen).

2.2.4 „Multilateralism and the United Nations System“ (MUNS) / „Global Transformation Network“ (GTNet)

Das von Robert Cox¹⁵ koordinierte und von 1990 bis 1995 dauernde Forschungsprojekt „Multilateralism and the United Nations System“ (MUNS) wurde ebenfalls von der *United Nations University* (UNU) getragen. Es wird seit Ende der Projektlaufzeit unter dem Namen „Global Transformation Network“ (GTNet) als loser Forschungsverbund weitergeführt.¹⁶

Während der Laufzeit des MUNS-Projekts wurde 1995 die Zeitschrift „Global Governance - A Review of Multilateralism and International Organizations“ von der UNU gemeinsam mit dem „Academic Council on the United Nations System“ (ACUNS) an der Brown University (USA) gegründet.¹⁷

Unter „Multilateralismus“ werden im Forschungskontext von MUNS/GTNet nicht nur die Zusammenarbeit mehrerer Staaten oder internationaler Organisationen verstanden, vielmehr werden darunter alle politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Kräfte gefaßt, die an strukturellen Veränderungen der „Weltordnung“ -

im Sinne der Summe staatlicher und zwischenstaatlicher Institutionen sowie deren Beziehungen zu gesellschaftlichen Akteuren - mitwirken (Cox 1997a: 105, 111, Cox 1997b: xvii): „*In considering the potential for development of multilateral institutions and practices, MUNS began with the existing situation, shifting from the conventional government-to-UN relationship to a broader framework taking states plus their societies as the basic entities. Regional and functional organization were also included within the concept of multilateralism. Furthermore, transnational movements in civil society were recognized as an increasingly significant part of the multilateral world.*“ (Cox 1997a: 111).

Mit der Betonung des Zusammenwirkens einer Vielzahl staatlicher und nicht-staatlicher Akteure auf mehreren Ebenen bedeutet „Multilateralismus“ im Sinne des MUNS-Projekts im Kern das gleiche, was von anderen Autoren *Global Governance* im Sinne von „Weltregieren ohne Weltregierung“ genannt wird. Cox (1997b: xvi) selber bezeichnet den Multilateralismus als spezielle Form von *Global Governance*: „*We can take the concept of global governance as a starting point for thinking about multilateralism. ‘Global governance’ means the procedures and practices which exist at the world (or regional) level for the management of political, economic and social affairs. One hypothetical form of governance (world governance or world empire) can be conceived as having a hierarchical form of coordination, whether centralised (unitary) or decentralised (federal). The other form of coordination would be non-hierarchical, and this we would call multilateral. Multilateral governance establishes rules and procedures for interaction among the various forces that become involved in*

¹⁵ Im folgenden wird das MUNS-Projekt anhand der Arbeiten von Robert Cox dargestellt. Dessen Sicht entspricht zwar der Orientierung vieler am Projekt beteiligter Autoren, doch gibt es innerhalb des Projekts natürlich auch unterschiedliche Ansichten, die in den MUNS-Publikationen (s.u.) dokumentiert sind.

¹⁶ Für weitere Informationen zu GTNet siehe [<http://heiwww.unige.ch/gtnet/>]

¹⁷ Zum ACUNS und zur Zeitschrift *Global Governance* siehe [<http://www.brown.edu/Departments/ACUNS/>]

world (or regional) political issues. I am using 'political' here in a broadly inclusive sense meaning any contest of power."

Auch die normativen Ziele, die mit dem „neuen Multilateralismus“¹⁸ verbunden werden, entsprechen denen der anderen Ansätze zu *Global Governance*: sozio-ökonomische Gerechtigkeit, Verteilung von Macht auf viele Akteure, Bewahrung der natürlichen Umwelt und der kulturellen Diversität sowie gewaltlose Konfliktlösungen (Cox 1997a: 105).

Im Unterschied zu anderen Ansätzen zu *Global Governance* - insbesondere auch zur CGG - grenzt sich MUNS jedoch explizit von einer Problemlösungsorientierung ab, die durch inkrementelle Reformen bestehender Institutionen unmittelbare Verbesserungen ihrer Funktionsfähigkeit anstrebt (Cox 1997a: 104, Cox 1997b: xvi). MUNS nimmt statt dessen mit seinem „structural-critical approach“ (Cox 1997b: xvii) eine langfristige Perspektive ein und analysiert historische Veränderungsprozesse: „*examine critically how the existing structures came into being, the forces that could be changing them, and the potential for a more broadly defined multilateralism*“ (Cox 1997b: xvii).

Das MUNS-Programm umfaßt sowohl einen **empirisch-analytischen** als auch einen **normativ-präskriptiven** Teil. Zentral für beide Aspekte ist die Frage der Machtverhältnisse (Cox 1997a: 111, Cox 1997b: xvi). Empirisch wird festgestellt, daß durch die ökonomische Globalisierung bestimmte, privilegierte Teile der nationalen Gesellschaften - die „Reichen“ - an Macht gegenüber den Staaten gewonnen

haben (Cox 1997a: 106ff). Als Gegenreaktion wird auf die Entstehung sozialer Bewegungen hingewiesen, die die Interessen der Benachteiligten verteidigen. Diese sozialen Bewegungen sollen nicht romantisch verklärt, sondern in ihren unterschiedlichen politischen Orientierungen und ihrem unterschiedlichen Gewicht analysiert werden (Cox 1997a: 107f). Normativ verfolgt MUNS ein auf grundlegende Veränderungen zielendes, alternatives Projekt zur jetzigen Weltordnung, das Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit verwirklichen soll (Cox 1997b: xvi f, Cox 1997a: 112). Angesichts der ihm entgegenstehenden, gegenwärtigen Machtstrukturen wird als Handlungsstrategie die Stärkung sozialer Bewegungen empfohlen, um in einem langfristigen und konfliktreichen historischen Prozeß die Machtkonstellation der gesellschaftlichen Kräfte zu verändern: „*The struggle for change will take place primarily in civil society; and those who wish to promote change will direct their energies to that terrain of conflict.*“ (Cox 1997a: 112, vgl. Cox 1997a: 105, 109). Dem Staat kommt in dieser radikalen Veränderungsperspektive nur eine geringe Rolle zu: „*In this context, the MUNS program has privileged the search for a bottom-up multilateralism, while taking full account of the reality of top-down multilateralism.*“ (Cox 1997a: 105)

Im Rahmen von MUNS entstand eine Reihe von Büchern, die sich mit den globalen Veränderungen und den resultierenden politischen Herausforderungen (Sakamoto 1994, Gill 1997), dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft (Krause/Knight 1995), Konzeptionen von Multilateralismus (Cox 1997d), Veränderungen internationaler Institutionen (Schechter i.E. a), Zivilgesellschaft (Schechter i.E. b) und

¹⁸ „Neu“ ist nicht im Sinne von innovativ, sondern als Abgrenzung vom konventionellen Begriffsverständnis zu verstehen (Cox 1997c: 245).

unterschiedlichen kulturellen Perspektiven (Sewell i.E.) beschäftigen. Außerdem soll es noch einen Band geben, der eine zusammenfassende Perspektive auf die Problematik von *Global Governance* gibt (Schechter/Hewson/Knight i.E.).

Insgesamt sind das Analyseraster von Cox und seine Sichtweise von Veränderungsprozessen stark auf gesellschaftliche Akteure konzentriert. Der Staat wird nicht als geeignete Handlungseinheit verstanden, um die weitreichenden Ziele des „neuen Multilateralismus“ zu erreichen. Dies ist zum Teil eine Folge der von MUNS gewählten Perspektive, bewußt kurzfristige, inkrementelle Handlungsoptionen unberücksichtigt zu lassen. Allerdings kann man dem Ansatz vorwerfen, nicht hinreichend der Frage nach den Handlungsspielräumen und Funktionen des Staates nachzugehen, die mit dem Verweis auf die historische „Zähmung“ des sich überwiegend im nationalen Rahmen bewegenden Kapitalismus durch den Wohlfahrtsstaat aufgeworfen wird (Cox 1997a: 107). Ob dessen Entstehung nur durch entsprechende gesellschaftspolitische Konflikte hervorgebracht wurde oder auch Ergebnis relativ autonomer, staatlicher Politik war, kann nur empirisch geklärt werden und ist nicht a priori zu postulieren. Diese Frage ist von hoher Relevanz für das Bemühen um eine gesellschaftliche „Zähmung“ der globalisierten Ökonomie.

Ungeachtet dieser kritischen Anmerkungen kann festgehalten werden, daß das MUNS/GTNet-Forschungsprogramm dem *Global Governance*-Verständnis der CGG sehr ähnlich ist:

- In der Problemdimension geht es zwar nicht um die Analyse konkreter Politikprobleme, doch sind die angespro-

chen Themen die gleichen: Frieden, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, kultureller Pluralismus.

- Hinsichtlich der **Struktur 1** wird von MUNS die Bedeutung ökonomischer und zivilgesellschaftlicher Akteure in längerfristigen, strukturellen Veränderungsprozessen untersucht.
- Durch den weiten Multilateralismusbegriff und die Analyse des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat wird das gesamte Spektrum der Handlungsebenen berücksichtigt (**Struktur 2**).
- Die **Prozeßdimension** nimmt in Form der Analyse von Machtstrukturen eine zentrale Bedeutung in diesem Ansatz ein: Gegenwärtige Machtkonstellationen werden als Hindernis für grundlegende Veränderungen angesehen. Durch die Austragung von Interessenkonflikten und die Stärkung weniger mächtiger gesellschaftlicher Gruppen können Veränderungen aber langfristig herbeigeführt werden.
- Hinsichtlich der **Ordnungsfragen** wird das Demokratieproblem angesprochen. Dabei gibt es ein spezifisches, normatives Demokratieverständnis, das Demokratie mit der Aufhebung der „polarization of powerful and powerless, rich and poor“ (Cox 1997: 106f) identifiziert.

2.1.5 Rosenau

Die Arbeiten von James Rosenau (1992, 1995, 1997) sind von großer Bedeutung für die internationale Diskussion über *Global Governance*. Sein gemeinsam mit Ernst-Otto Czempiel herausgegebenes Buch „Governance without Government“ (Rosenau/Czempiel 1992) ist ein zentraler Referenzpunkt der Diskussion über *Global Governance*. Durch das Verfassen mehre-

rer *Background-Papers* trug er zur Arbeit der CGG bei (CGG 1995c).

Rosenau (1992: 4f) definiert Governance als „purposive behavior“ und „system of rule“, das - im Gegensatz zum engeren Begriff „government“ - nicht notwendig auf formeller, d.h. gesetzlich definierter, und über Polizeigewalt verfügender Autorität basiert. In Abwesenheit formeller Autorität existiert governance durch faktisch wirksame Regelungen zur Erreichung von „shared goals“. „Governance without government“ bedeutet somit die Existenz effektiver Regelungen bei Abwesenheit formaler oder zentralisierter Autorität und zentraler Durchsetzungsgewalt.

Eine zentrale Forschungsfrage bei der Analyse der durch die Abwesenheit einer Zentralgewalt gekennzeichneten Weltpolitik ist deshalb die Frage nach funktionalen Äquivalenten zur Staatsgewalt im innenpolitischen Kontext: „*probing the extent to which the functions normally associated with governance are performed in world politics without the institutions of government*“ (Rosenau 1992: 7).¹⁹

Rosenau (1992: 8f) grenzt den Governance-Begriff vom Regime-Begriff ab: Regime bezeichnen einen Spezialfall von Governance, nämlich effektive Regelungsformen *in einem spezifischen Problemfeld*. Governance umfaßt darüber hinausgehend auch politikfeldübergreifende Fragen der „global order“: „*It [governance, H.M.] refers to the arrangements that prevail in the lacunae between regimes and, perhaps more importantly, to the principles, norms, rules and procedures that come into play*

when two or more regimes overlap, conflict, or otherwise require arrangements that facilitate accomodation among the competing interests.“ (Rosenau 1992: 9).

Rosenaus Governance-Begriff deckt sich somit weitgehend mit dem Begriff Weltordnung: „*governance is order plus intentionality*“ (Rosenau 1992: 5). Dabei versteht er unter Ordnung alle „*routinized arrangements through which world politics gets from one moment in time to the other*“ (Rosenau 1992: 5). Rosenaus Ordnungs-begriff ist rein empirisch-analytischer Natur und ist klar von einem normativen Verständnis von Ordnung - der Begriff wird oft gleichgesetzt mit Stabilität und Kohärenz - zu unterscheiden (Rosenau 1992: 9ff).

Konkret bezogen auf *Global Governance* schlägt Rosenau (1995: 13, Hervorhebung durch H.M.) die folgende Definition vor: „*global governance refers to more than the formal institutions and organizations through which the management of international affairs is or is not sustained. The United Nations system and national governments are surely central to the conduct of global governance, but they are only part of the full picture. Or at least in this analysis global governance is conceived to include systems of rule at all levels of human activity - from the family to the international organization - in which the pursuit of goals through the exercise of control has transnational repercussions. The reason for this broad formulation is simple: in an ever more interdependent world where what happens in one corner or at one level may have consequences for what occurs at every other corner and level, it seems a mistake to adhere to a narrow definition in which only formal institutions at the national and international levels are considered relevant.*“

¹⁹ Diese Fragestellung ist nicht so mißzuverstehen, daß Regierungen in der Analyse der Weltpolitik nicht beachtet würden: „government“ meint hier allgemein „zentrale Staatsgewalt“.

Aufgrund der großen Zahl von Regelungssystemen, die unter diese sehr weite Definition fallen, hält Rosenau (1995: 16f) die Herausbildung einer Weltordnung im normativen Sinn von Stabilität und Kohärenz für unwahrscheinlich: „*In terms of governance, the world is too disaggregated for grand logics that postulate a measure of coherence.*“ Governance-Strukturen entstehen nach Ansicht Rosenaus (1995: 17) am wahrscheinlichsten in einem evolutionären „bottom-up“ Prozeß der Selbstorganisation. Deshalb versucht Rosenau auch nicht, normative Konzepte zur Verbesserung von *Global Governance* zu entwickeln. Auch hält er längerfristige Prognosen aufgrund der derzeitigen tiefgreifenden, zum Teil in unterschiedliche Richtungen weisenden Veränderungsprozesse für unmöglich (Rosenau 1995: 39). Er beschränkt sich deshalb auf die empirische Analyse der Veränderungsprozesse und der *Governance*-Strukturen. Rosenau (1995: 18ff) stellt unter anderem die folgenden Trends fest:

1. eine gestiegene Fähigkeit zu kollektiven Regelungen und eine „proliferation of organizations“ (Rosenau 1995: 16);
2. Verschiebungen von Herrschaftspotential je nach Regelungsbereich von der politischen in die ökonomische und soziale Sphäre oder auch in der umgekehrten Richtung;
3. Verschiebungen der Governance-Ebene von der nationalen Ebene nach oben („transnational“) und nach unten („sub-national“), wobei der Staat weiterhin von zentraler Bedeutung ist (Rosenau 1995: 38f). Dies hängt mit den in einem Spannungsverhältnis stehenden, gleichzeitigen Prozessen der Globalisierung und Lokalisierung zusammen, wobei Rosenau (1995: 21ff) die Lokalisierung

als Gegenreaktion auf die Globalisierung ansieht.

Rosenau (1995: 20ff) listet eine Reihe von *Governance*-Strukturen bzw. „control mechanisms“ auf, die er anhand der Kriterien „state-sponsored, not state-sponsored, jointly sponsored“ und „nascent, institutionalized“ charakterisiert:

- (nicht-profitorientierte) Nichtregierungsorganisationen
- soziale Bewegungen
- transnationale Konzerne, „credit rating agencies“ (Moody's etc.)
- transnationale kriminelle Vereinigungen
- Städte und Mikroregionen
- Makroregionen, Regionalorganisationen
- Internationale Organisationen (insbesondere UNO)
- „issue regimes“ (problemspezifische Regelungen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure)
- „cross-border coalitions“ (Netzwerke)
- Wahlbeobachtung in Entwicklungsländern durch internationale Regierungsorganisationen und NGOs.

Rosenaus Verständnis von *Global Governance* kann zusammenfassend als ausschließlich **empirisch-analytisch** gekennzeichnet werden. Er verfolgt dabei keinen **Problemlösungsansatz**.²⁰ Die Bereiche **Struktur 1** (Regelungsformen, Akteure) und **Struktur 2** (Ebenen) stehen bei ihm im Zentrum. Auch **Prozeßaspekte** berücksichtigt er in Form der allgemeinen Reflexion evolutionärer Entstehungsprozesse von *Governance*-Strukturen (top-down,

²⁰ Rosenau (1995: 39, 1997: 403ff) spricht die Themen Frieden, Nachhaltige Entwicklung und Demokratie an. Sie spielen aber in seiner strukturellen Analyse des Weltsystems nur eine zweitrangige Rolle.

bottom up) und der Analyse von in einem Spannungsverhältnis stehenden sozialen Entwicklungen (Globalisierung, Lokalisierung). Hinsichtlich der **Ordnungsfragen** kann er aus seiner empirischen Sicht nur das gegenwärtige „disaggregated and fragmenting global system of governance“ feststellen (Rosenau 1995: 39).

2.1.6 Altvater/Mahnkopf

Altvater/Mahnkopf (1996) untersuchen Globalisierungsprozesse und deren Folgen. Sie weisen darauf hin, daß bereits in den 70er Jahren über die Grenzen des Nationalstaats diskutiert wurde: *„Dabei ging es aber vor allem um Wege, auf denen die „Regierbarkeit“ von Nationalstaaten und des internationalen Systems wiederhergestellt werden könnte. Das politische „Management“ sollte verbessert werden. Der Begriff des Managements impliziert noch die Vorstellung des regulierenden Subjekts im Singular; im Begriff der Governance ist allenfalls das regulierende Subjekt im Plural als vernetzte Einheit vorstellbar. Regierbarkeit und „governance“ bezeichnen also unterschiedliche Prozesse und Akteure, beziehen sich aber auch auf andere Politikfelder. ... In den 90er Jahren stehen nicht nur ökonomische Fragen, sondern auch ökologische und soziale Fragen auf der Tagesordnung der „global governance“.“* (Altvater/Mahnkopf 1996: 550)

Global Governance bei Altvater/Mahnkopf (1996: 552ff) bedeutet die Erweiterung des internationalen Systems, das ursprünglich aus Staaten bestand und dann durch internationale Organisationen und Regime ergänzt wurde, um den neuen Einflußfaktor Nichtregierungsorganisationen der Zivilgesellschaft. Dies ist ihrer Ansicht nach nötig, um die globalen Probleme - genannt werden Arbeitslosigkeit,

wachsende materielle Ungleichheit, finanzielle Instabilität, Waffen- und Drogenhandel und Umweltzerstörung - zu lösen: *„Die Lösung dieser Probleme scheint nur noch möglich zu sein, wenn auch die Ressourcen der Zivilgesellschaften aller Kontinente mobilisiert werden. ... Regierungen und internationale Organisationen sind an Grenzen geraten, wenn es darum geht, Lösungen für die globalen Probleme zu erarbeiten.“* (Altvater/Mahnkopf 1996: 551, Hervorhebung ergänzt durch H.M.)

Das *Global Governance*-Verständnis von Altvater/Mahnkopf beruht auf der Rezeption des Berichts der CGG. Sie konkretisieren aber die „sehr breite und daher nicht spezifische Definition“ der CGG, indem sie als Ziel von *Global Governance* - in Abgrenzung zum Neoliberalismus - die Wiedererlangung der gesellschaftlichen Kontrolle über die Marktkräfte formulieren, die nach ihrer Auffassung im Zuge der Globalisierung verloren gegangen ist (Altvater/Mahnkopf 1996: 552).

Das *Global Governance*-Konzept umfaßt neue Akteure („polity“), neue Politikfelder („policy“) und neue Politikformen („politics“): *Global Governance* wird verstanden als „globales Netzwerk von Akteuren, die Politikformen entwickeln, die zur Bewältigung der jeweils zu bearbeitenden Politikformen am besten geeignet sind“ (Altvater/Mahnkopf 1996: 554f).

Altvater/Mahnkopf (1996: 555f) formulieren eine Reihe von Forschungsfragen insbesondere zu Aspekten der Nichtregierungsorganisationen, die u.a. Gegenstand eines Forschungsprojekts über NGO-Netzwerke in der Klimapolitik sind (Altvater/Brunnengräber/Haake/Walk 1997):

- Wie können die verschiedenen Ebenen im Rahmen von NGO-Netzwerken verknüpft werden?

- Wie kann in den Netzwerken die unterschiedliche Repräsentativität und Macht von NGOs geregelt werden?
- Auf welche Weise können NGO-Netzwerke als „checks and balances“ zu politischen Institutionen wirken?

Eine besondere Rolle spielt für Altvater/Mahnkopf die **Prozeßdimension**. Sie kritisieren an anderen Konzeptionen von *Global Governance* insbesondere die Vernachlässigung von Macht- und Interessenkonflikten: *„Es wird nicht reflektiert, daß die im Prozeß der „governance“ zu regulierenden Probleme mit mächtigen politischen und ökonomischen Interessen zu tun haben, die sich nur so lange in ein Netzwerk der governance einfügen, wie sie davon profitieren. Es ist kaum realistisch anzunehmen, daß die ... unterschiedlichen, ja konfligierenden Handlungslogiken von Ökonomie, Gesellschaft, Politik im Netzwerk der „governance“ erneut kongruent werden. Es ist ungeklärt, ob und wie Netzwerke der „governance“ mit Interessenkollisionen umgehen können.“* (Altvater/Mahnkopf 1996: 556)

Altvater/Mahnkopf weisen darauf hin, daß politische Veränderungsprozesse das Resultat der Interaktion einer großen Zahl von Akteuren mit unterschiedlichen Interessen sind und überdies aus Handlungen entstehen, deren Folgen nicht präzise prognostizierbar sind. Sie unterscheiden deshalb zwischen der Problemanalyse, die von der Wissenschaft geleistet werden kann, und realistischen Problemlösungsstrategien, die nicht als Aufgabe der Wissenschaft angesehen werden: *„Ein politisches Programm zum Zwecke der Problemlösung zu entwerfen, ist ... überflüssig und vielleicht sogar schädlich, weil es Eindeutigkeit suggeriert, wo Ungewißheit herrscht und Konflikte ausgetragen werden*

müssen. Was not tut, ist vielmehr eine Diagnose der Zeit und eine Aktivierung all jener sozialen Kräfte, die aus dieser Diagnose politische Konsequenzen zu ziehen in der Lage und bereit sind.“ (Altvater/Mahnkopf 1996: 575) Mit dieser Betonung der Bedeutung einer größeren Zahl gesellschaftlicher Kräfte in einem offenen, konfliktiven Problemlösungsprozeß unterscheiden sie sich von einem technokratischen Problemlösungsverständnis.

Insgesamt umfaßt das *Global Governance*-Verständnis von Altvater/Mahnkopf (1996) die Dimensionen **Probleme, Struktur 1 und Struktur 2**. Die **Prozeßdimension** wird als besonders wichtig erachtet, da die Realisierung von *Global Governance* im normativen Sinn von der Austragung von Konflikten zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren gegen ökonomische Interessen abhängig ist. Aufgrund dieser Betonung der Prozeßdimension wird auch die Frage der Interdependenzen zwischen den Politikfeldern zwar thematisiert, mündet aber nicht in konkrete Lösungsvorschläge für **Ordnungsfragen**: Diese sind nicht theoretisch antizipierbar, sondern Ergebnis politischer Prozesse.

Altvater/Mahnkopf bieten sowohl eine **empirische** Analyse als auch ein klar umrissenes **normatives** Projekt: die soziale und ökologische „Zähmung“ des globalen Kapitalismus.

2.1.7 Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) / Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)

Sowohl von der Bonner Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) als auch vom Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), das von Franz Nuscheler und Dirk Messner geleitet wird, wird ein

umfangreiches Forschungsprogramm mit dem Titel *Global Governance* verfolgt.

Messner/Nuscheler (1996a, 1996c, 1997a, 1997b) haben die Ideen der CGG in die deutschsprachige Diskussion eingebracht. Sie betonen im Vergleich zur CGG die Mehrebenenproblematik stärker und propagieren ein von der lokalen bis zur globalen Ebene reichendes Politikmodell, das internationale Organisationen, Regime, Regionalisierungsprojekte, nationale und lokale Politik sowie die nationale und globale Zivilgesellschaft umfaßt. Sie weisen auf die gesunkene Leistungsfähigkeit des Nationalstaates und die gestiegene Bedeutung gesellschaftlicher Steuerungsressourcen hin. Sie betonen aber, daß die Staaten auch weiterhin die Hauptakteure im System von *Global Governance* sein werden und u.a. „eine unverzichtbare Scharnierfunktion zwischen den verschiedenen Handlungsebenen“ erfüllen (Messner/Nuscheler 1997b: 33, vgl. Messner 1998a). Des weiteren warnen sie vor einer Romantisierung der NGOs, die zwar wichtige Aufgaben als „Kontrollinstanz und als (mit-)gestaltende Akteure“ haben, aber nicht notwendigerweise gemeinwohlorientiert sind und oft „binnenorganisatorische Demokratie- und Legitimationsdefizite“ aufweisen (Messner/Nuscheler 1996c: 24f). In der Europäischen Union als regionales Integrationsprojekt sehen Messner/Nuscheler (1996c: 26) ein „Laboratorium für die Fähigkeit zu *Global Governance*“. Als inhaltliche „Säulen“ von *Global Governance* fordern sie die Schaffung bzw. Weiterentwicklung einer Welt handels-, Weltwettbewerbs-, Weltwährungs-, Weltsozial-, Weltumwelt- und Weltfriedensordnung (vgl. Kulesa u.a. 1996, Fues 1997, Gettkant/Simonis/Suplie 1997, Kulesa/Staarck 1997, Biermann/

Simonis 1998). Außerdem heben sie die Bedeutung der Stärkung globaler Rechtsstaatlichkeit (vgl. Ferencz 1998) und der Herausbildung einer Weltethik (vgl. Kramer 1997) hervor.

Das *Global Governance*-Konzept von Messner/Nuscheler (1997b: 36) enthält stark normative Züge: *Global Governance* wird verstanden als „Netzwerkbildungen von der lokalen bis zur globalen Ebene, die auf gemeinsamen Problemlösungsorientierungen, fairem Interessenausgleich sowie einem tragfähigen Kanon von gemeinsamen Normen und Werten als Grundlage stabiler institutioneller Strukturen zur Bearbeitung von Problemen und Konflikten basieren“. Hierdurch soll die politische Steuerungsfähigkeit verbessert werden.

Die Frage der Macht- und Interessenkonstellationen wird von Messner/Nuscheler behandelt. Die Autoren weisen auf Blockaden hin, die der Herausbildung von *Global Governance* im normativen Sinn, d.h. einer besseren Problemlösung durch verstärkte Kooperation, entgegenstehen (Messner/Nuscheler 1996c: 30f, Messner/Nuscheler 1997b: 34f, Messner 1998b). Ob *Global Governance* im normativen Sinn realisiert werden wird, hängt nach Ansicht von Messner/Nuscheler (1997b: 35f) wesentlich von der Einsicht der Akteure in die objektive Notwendigkeit von Kooperation zur Lösung vieler Probleme²¹ ab. Diese Einsicht kann nicht nur durch Überzeugungsarbeit, sondern insbesondere auch durch realen Problemdruck entstehen.

Wichtige Forschungsschwerpunkte der SEF sind: Schaffung nachhaltiger Entwicklungsstrukturen/Weltwirtschafts- und Weltsozialordnung, Schaffung globaler Werte/Institutionalisierung auf globaler

²¹ Für eine Differenzierung verschiedener Problemtypen siehe Messner 1998b: 30ff.

Ebene, Schaffung friedensfähiger Strukturen und Institutionen sowie als regionaler Fokus die Transformationen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa.

Gemeinsam von SEF und INEF werden alle zwei Jahre die Globalen Trends (SEF 1997) erstellt, die eine Analyse von Weltproblemen leisten und Handlungsoptionen herausarbeiten.

Das INEF untersucht darüber hinaus die Bedeutung der Weltkonferenzen der 90er Jahre und deren Folgeprozesse für *Global Governance* (Messner/Nuscheler 1996b). Weitere Projekte am INEF befassen sich u.a. mit der Rolle von NGOs bei der Herausbildung internationaler Umweltregime, mit Regionalisierung und mit nachhaltiger Entwicklung.

In der *Global Governance*-Konzeption von INEF und SEF werden die Dimensionen **Probleme, Struktur 1, Struktur 2, Prozeß und Ordnungsfragen** angesprochen. Die Reform bestehender und die Schaffung neuer Institutionen sowie eine sinnvolle Aufgabenverteilung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren wird angestrebt (**Struktur 1**). Besonderes Gewicht wird auf die Analyse von mehreren Ebenen umfassenden Politikstrukturen sowie auf Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenwirkens der Ebenen gelegt (**Struktur 2**). Messner/Nuscheler (1996c: 26, 34) weisen auf den inkrementellen Charakter der zu *Global Governance* führenden Veränderungsprozesse hin. Politikkohärenz und Rechtsstaatlichkeit werden als wichtige **Ordnungsaspekte** zur Verbesserung von Steuerungsfähigkeit und demokratischer Legitimation thematisiert.

Das *Global Governance*-Konzept von INEF und SEF umfaßt sowohl **empirisch-analytische** als auch **normativ-präskriptive** Aspekte.

2.2 Perspektive 2: Verdichtung internationaler Kooperation

In einer Reihe von Publikationen wird *Global Governance* bzw. *International Governance* im Sinne von Regelungen im internationalen Bereich verstanden, wobei nationale und subnationale Regelungen nicht Bestandteil dieses Begriffsverständnisses sind (Murphy 1994, Simai 1994, Diehl 1997).

2.2.1 Beiträge aus dem Bereich der Regimeanalyse

Hasenclever/Mayer/Rittberger (1997b: 2f) vertreten die Auffassung, daß *governance* - im Sinne Rosenaus (1992: 5) verstanden als „order plus intentionality“ - und Regime im internationalen Bereich weitgehend identisch sind: „*governance in international society tends to take the form of international regimes*“. Dies wird durch die Abwesenheit einer Weltregierung begründet, die zu weniger kohärenten Regelungen als im nationalen Rahmen führt und „issue-specific“ Regelungen (und das sind definitionsgemäß Regime) als wahrscheinlichste Form von „international governance“ erscheinen läßt. Dabei werden unter Regime auch transnationale Regime - zwischen gesellschaftlichen Akteuren über Landesgrenzen hinweg vereinbarte Regelungen - gezählt (Mayer/Rittberger/Zürn 1993: 404).

Young (1994: 26) nimmt ähnlich wie Hasenclever/Rittberger/Zürn (1997) eine begriffliche Unterscheidung zwischen „governance“ und „Regimen“ vor. Beide sieht er als spezielle Ausprägungen sozialer Institutionen an: „*an institution is a set of rules or conventions (both formal and informal) that define a social practice, assign roles to individual participants in*

the practice and guide interaction among the occupants of these roles. A governance system is an institution that specializes in making collective choices on matters of common concern to the members of a distinct social group. Although the distinction is not a sharp one, a regime is a governance system intended to deal with a more limited set of issues or a single issue area.“ Sowohl in dieser Definition wie auch in den von Young (1994) analysierten Fällen kommt eine Fokussierung im Rahmen von „international governance“ auf internationale Regime zum Ausdruck. Nicht-staatliche Akteure - wie nationale Interessengruppen oder „transnational alliances“ (z.B. „epistemic communities“, Haas 1992) - werden als Einflußfaktoren auf die Verhandlungsprozesse zwischen Staaten bei der Regimebildung berücksichtigt.

Zürn (1997: 30ff) hat im Unterschied zu Young (1994) ein weiteres Verständnis von „international governance“. Allgemein definiert er: *„Governance, in general, is distinguished from anarchy - the unrestricted interplay of actors driven by self-interest - in that social actors recognize the existence of obligations and feel compelled, for whatever reason, to honor them by their behavior.“* Als mögliche Formen von „governance beyond the nation-state“ nennt er:

- Internationale Regime
- Transgouvernementale Netzwerke (z.B. Kooperationen von Ministerien verschiedener Länder)
- Internationale Organisationen
- Konstitutionelle Prinzipien (z.B. Souveränität).

Die Summe dieser Elemente bezeichnet Zürn als „regional or global governance systems“.

Er stellt die Frage, ob durch Globalisierungsprozesse ein Regelungsdefizit in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaftswachstum, soziale Wohlfahrt und Legitimität entstanden ist und kommt je nach Bereich zu unterschiedlichen Ergebnissen (Zürn 1997: 34ff). Sein analytisches Interesse gilt dabei den Regelungen im internationalen Bereich, die unzureichende nationale Regelungen kompensieren.

Kohler-Koch (1993) beschäftigt sich in ihrer Diskussion der Bedeutung des Begriffs „Regieren“ im internationalen System nicht mit nationaler und subnationaler Politik. Ihr Ziel ist es, ein neues Konzept zu entwickeln, um die „heutige Verfaßtheit internationaler Beziehungen in jenen Strukturelementen in den Blick zu bekommen, die für die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen internationalen Regierens ausschlaggebend sind“ (Kohler-Koch 1993: 113). Sie definiert „Regieren“ als bewußte „politische Zielbestimmung des internationalen Zusammenlebens und ... Ausrichtung von Verhalten auf dieses Ziel“ (Kohler-Koch 1993: 117). Dies ist vom „Verwalten“ zu unterscheiden, worunter sie die internationale Zusammenarbeit zur Umsetzung von individuell getroffenen Entscheidungen versteht, die nur zufällig oder aufgrund von Sachzwängen übereinstimmen (Kohler-Koch 1993: 116). Regieren kann in Form von Ordnungspolitik (Setzung von Rahmenbedingungen) oder Prozeßpolitik (direkte Eingriffe) erfolgen (Kohler-Koch 1993: 116f). Von Staaten beschlossene, problembezogene Regime sind als Prozeßpolitik ein wichtiger Bestandteil internationalen Regierens (Kohler-Koch 1993: 122). Kohler-Koch (1993: 128) fragt aber darüber hinaus nach den Bedingungen für „ein Regieren der Welt jenseits der etablierten

Vorstellung einer gezielten Bündelung staatlicher Interessen“. Sie weist auf die Globalisierung gesellschaftlicher Zusammenhänge und dabei insbesondere auf transnationale Unternehmen hin, die jedoch nicht von einer entsprechenden Herausbildung „transnationaler politischer Verbände“ begleitet wird (Kohler-Koch 1993: 128ff). Als zentrale Bedingung für internationales Regieren sieht sie entsprechende „normative und kognitive Orientierungen“ (Kohler-Koch 1993: 135) an, die das Handeln der Vielzahl an internationaler Politik beteiligter, staatlicher und nicht-staatlicher Akteure anleiten. Diese sind ihrer Ansicht nach aber bislang nicht ausreichend vorhanden.

Im Vergleich zu anderen *governance*-Definitionen kann für die Beiträge aus dem Bereich der Regimeanalyse festgehalten werden, daß sie ein auf multilaterale Kooperation auf der globalen oder (makro-) regionalen Ebene fokussiertes Verständnis von *Global Governance* haben. Sie stellen mit den formellen und informellen Regelungen durch überwiegend staatliche Akteure die **Struktur 1** und die zu ihrer Entstehung führenden **Prozesse** in den Vordergrund. Nicht-staatliche Akteure spielen dabei eine geringere Rolle, werden aber auch berücksichtigt. Die Frage des Mehrebenensystems erfährt wenig Beachtung²², insbesondere die subnationalen Ebenen bleiben unberücksichtigt (**Struktur 2**). Der analytische Fokus liegt - definitionsgemäß - auf den Regelungsformen hinsichtlich eines speziellen **Problems**. Aufgrund der

Beschäftigung mit Regelungen für spezielle Politikprobleme (Regime) sind **Ordnungsfragen** kein wesentlicher Bestandteil dieses Konzepts. Zürn (1997) thematisiert allerdings die Legitimitätsproblematik.

Insgesamt handelt es sich um eine **empirisch-analytische** Konzeption von *Global Governance*, die sich kaum mit normativ-präskriptiven Aspekten beschäftigt.

2.2.2 OECD

Im Rahmen der OECD wurde ebenfalls das Thema *Global Governance* behandelt (OECD 1996, Washington 1996)²³:

„Global governance can be loosely defined as the process by which we collectively manage and govern resources, issues, conflicts and values in a world that is increasingly a "global neighbourhood" (CGG 1995a [Endnote des Originals hier eingefügt von H.M.]). But there is currently no "world government". What we have is a range of unco-ordinated international institutions - the United Nations, the World Trade Organisation, the European Union, the International Monetary Fund and the World Bank, the OECD - which manage, set guidelines, or make rules, for better or for worse, in selected policy areas. Some of them are currently under considerable pressure to reform. Whatever the future institutional arrangements, democracy, transparency and openness will need to feature alongside effectiveness as important considerations in the development of the structures of global governance.“ (OECD 1996)

²² Außerhalb des hier behandelten Texts von Kohler-Koch über das Weltregieren beschäftigt sie sich aber intensiv mit der europäischen Mehrebenenpolitik (Kohler-Koch/Jachtenfuchs 1996a, 1996b, vgl. Kap. 3.3). Auch Zürn (1996) beschäftigt sich an anderem Ort mit dem europäischen Mehrebenensystem.

²³ Für aktuelle Arbeiten der OECD zu Aspekten von *Global Governance* siehe die Internet-Seiten der *Public Management* Abteilung: [<http://www.oecd.org/puma/>]

Die OECD verweist darauf, daß im Zuge der Globalisierung durch die Aktivitäten von international organisierten Interessengruppen, das Agenda-Setting der globalen Medien sowie eine bessere Information und stärkere Politisierung und Mobilisierung der Bürger „Demokratisierungseffekte“ eingetreten sind: „*international events are more visible and transparent, have more domestic policy ramifications and involve the public more often and more directly*“ (Washington 1996: 25). Andererseits wird kritisiert, daß durch die Verschiebung von Entscheidungen auf die internationale Ebene die nationale Opposition umgangen und die Mitwirkungsrechte gewählter Parlamente beschränkt werden können und somit ein Demokratiedefizit entstehen kann. Auch auf die aus dem nationalen Rahmen bekannten Gefahren einer übermäßigen Bedeutung gut organisierter Lobbygruppen, die einen stärkeren Einfluß auf die Politik haben können als weniger gut artikulierte Interessen, verweist die OECD (1996).

Analog zur vielerorts erfolgten Verbesserung von „*accountability and openness in domestic policy making processes*“ fordert die OECD deshalb auch für globale Entscheidungsprozesse mehr Demokratie, Transparenz und Offenheit (Washington 1996: 27). Als konkreter Vorschlag wird von den OECD-Mitgliedsstaaten eine bessere Politikkoordinierung zwischen den Fachministerien ihres Landes gefordert, da mittlerweile Fachministerien - wie zum Teil auch subnationale Regierungen - eigenständig in internationalen Verhandlungsprozessen auftreten (Washington 1996: 26).

Das *Global Governance*-Konzept der OECD bezieht sich überwiegend auf den demokratischen Gehalt der internationalen

Politik. Es betont die Dimensionen **Struktur 1** (Regelungsformen, Akteure) und **Ordnungsfragen** und umfaßt sowohl **empirisch-analytische** als auch an die Regierungen der Mitgliedstaaten gerichtete **normativ-präskriptive** Elemente.

2.3 Perspektive 3: Problemorientierung

Eine dritte Perspektive auf *Global Governance* stellt die zu lösenden Weltprobleme ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit und beschäftigt sich wenig mit Politikstrukturen und ihren Veränderungen.

2.3.1 Centre for the Study of Global Governance der London School of Economics

An der *London School of Economics* (LSE) wurde 1992 ein *Centre for the Study of Global Governance* unter der Leitung von Meghnad Desai gegründet. Anlaß hierfür waren zwei Vorträge von Austin Bide und Frank Judd in den Jahren 1991 über fortdauernde Weltprobleme und Möglichkeiten zu deren Bewältigung (Bide 1993, Judd 1993).

Das Zentrum faßt seine Forschungsfragen wie folgt zusammen:

„*What is governance and why do we study global governance? Does it make any sense to conceive of problems as having a global dimension? Indeed does it help to think in such grandiose terms? Is there a global community in any sense except the most rhetorical one?*“ (Centre for the Study of Global Governance o.J.)

Das *Global Governance*-Verständnis des *Centre for the Study of Global Governance* der LSE ist stark **normativ-präskriptiv** und **problemorientiert**, es gibt

kein einheitliches Konzept, das **Struktur-, Prozeß- und Ordnungsfragen** thematisiert (vgl. Desai/Redfern 1995, Desai 1998).

2.3.2 Research Centre for Global Governance (Brasilien)

Ein weiteres *Research Centre for Global Governance* (RCGG) befindet sich in Brasilien an der Universität von Rio Grande do Sur in Porto Alegre. Es unterstützt das *Centre of Research and Study of a Democratic System of Global Governance*, das 1998 in Brasilia gegründet wurde. Das RCGG besteht im wesentlichen aus Beiträgen, die ihm von Teilnehmern aus vielen Ländern über das Internet zugesandt werden (Teilnahme an

der *mailing-list* des RCGG ist möglich durch *e-mail* an: pgg@vortex.ufrgs.br).

Das RCGG (1998) nimmt den Bericht der CGG als Ausgangspunkt seiner Fragestellungen und fragt nach „lasting solutions to the problems of humanity“. Die Studiengebiete lauten: „1) Global Prosperity, 2) Global Security & World Peace, 3) Economic Governance, 4) Reforming the United Nations, 5) Moral Development, 6) Human Rights, 7) The Status of Women 8) The Nuclear Activities, 9) Ecology“ (RCGG 1998).

Die Beiträge des RCGG sind zumeist stark **normativ-präskriptiv** und auf die **Problemdimension** beschränkt.

Konzeption	Problem	Struktur 1 (Akteure, Regelungs- Formen)	Struktur 2 (Ebenen)	Prozeß	Ordnung	empirisch- analytisch/ normativ- präskriptiv
Perspektive 1:						
- CGG	+	+	+		+	emp/norm
- Club of Rome	+	+	+	+	+	emp/norm
- UNU	+	+	+	+	+	emp
- MUNS/GTNet		+	+	+	+	emp/norm
- Rosenau		+	+	+		emp
- Altvater/Mahnkopf	+	+	+	+		emp/norm
- INEF/SEF	+	+	+	+	+	emp/norm
Perspektive 2:						
- Regimeanalyse	+	+		+		emp
- OECD		+			+	emp/norm
Perspektive 3:						
- LSE	+					norm
- RCGG (Brasilien)	+					norm

Schaubild 2: Gewichtung der Dimensionen von *Global Governance* in den verschiedenen Konzeptionen

2.4 Zusammenfassung

Die in diesem Kapitel vorgestellten Konzeptionen von *Global Governance* weisen unterschiedliche Gewichtungen der in Kapitel 1.2 definierten fünf Dimensionen von *Global Governance* auf (siehe Schaubild 2). Sie unterscheiden sich ebenso hinsichtlich des Verständnisses von *Global Governance* als empirisch-analytischem oder normativ-präskriptivem Konzept.

Die erste und die zweite Perspektive unterscheiden sich im wesentlichen durch die Dimension **Struktur 2** (Mehrebenenproblematik). Diese ist nur in der ersten Perspektive ein wesentlicher Bestandteil des Verständnisses von *Global Governance*. Dabei lassen sich innerhalb dieser Perspektive noch unterschiedliche Gewichtungen der Bedeutung dieser Dimension feststellen: Bei der CGG (1995a) spielt sie beispielsweise eine geringere Rolle als bei Messner/Nuscheler (1996c). Die zweite Perspektive legt den Schwerpunkt auf Formen der internationalen Kooperation (**Struktur 1**), und die dritte Perspektive konzentriert sich auf die **Problemdimension**.

Insgesamt kann trotz dieser unterschiedlichen Ausprägungen ein erhebliches Maß an Konvergenz der Definitionen von *Global Governance* festgestellt werden, da die fünf Dimensionen von *Global Governance* ebenso wie die empirisch-analytische und die normativ-präskriptive Ausrichtung als komplementär angesehen werden können.

Allerdings können bezüglich des Verhältnisses der **empirisch-analytischen** und **normativ-präskriptiven** Ausrichtung von *Global Governance* zwei Schwierigkeiten auftreten:

1. Formelle vs. inhaltliche Definition

Bisweilen wird *Global Governance* rein formal mit der Herausbildung neuer Politikstrukturen und vermehrter internationaler Regelungen gleichgesetzt. In diesem empirisch-analytischen Verständnis geht es nur um die Existenz politischer Regelungen, nicht um deren Inhalte.

Aus dieser Perspektive wird beispielsweise ein internationales Investitionsschutzabkommen an sich als Ausdruck von *Global Governance* angesehen. Dem steht die normative Sichtweise entgegen, daß es bei *Global Governance* um die Lösung spezifischer Probleme geht, insbesondere um die soziale und ökologische Bändigung eines globalisierten Kapitalismus. Wenn ein internationales Investitionsschutzabkommen nur den Expansionsinteressen transnationaler Konzerne diene, so wäre es in dieser Perspektive kein Beitrag zu *Global Governance*, sondern lediglich ein weiterer politischer Liberalisierungs- bzw. Globalisierungsschub und damit die Schaffung eines weiteren Problems. Diese Perspektive stellt somit ein engeres, inhaltlich bestimmtes Verständnis von *Global Governance* dar. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sollte bei der Verwendung des Begriffs *Global Governance* offengelegt werden, ob man damit spezifische Regelungsinhalte verbindet.

2. Verhältnis von Analyse und Präskription

Analyse und Präskription sind oft nur gering verknüpft. Eine mangelnde Problemlösung wird recht pauschal bemängelt. Bei der empirischen Bestandsaufnahme von Problemen und bestehenden Regelungsversuchen sollten die jeweils spezifischen Gründe für die ungenügende Eignung der bestehenden Regelungsformen analysiert werden. Diese könnten dann die Grundlage für die präskriptive Formulie-

rung verbesserter oder neuer Kooperationsformen darstellen. Ansonsten besteht die Gefahr, daß die präskriptiven Empfehlungen zu voluntaristischem Wunschdenken werden. Dabei kann allerdings die Schwierigkeit auftreten, daß die Analyse der bestehenden Strukturen wenig realistische Ansatzpunkte und Handlungsmöglichkeiten für eine Verbesserung der Problemlösung aufzeigen kann. In solchen Fällen muß bei der Präskription ein stärkeres Gewicht auf normative Leitbilder gelegt und damit auf einen längerfristigen Veränderungsprozeß gesetzt werden.

Problematisch wäre außerdem eine Vermischung des empirisch-analytischen und des normativ-präskriptiven Verständnisses von *Global Governance* in der Weise, daß bereits existierende Politikstrukturen - wie z.B. Politiknetzwerke - pauschal als zukünftige Lösungsmuster dargestellt würden, ohne differenzierend zu erläutern, daß diese nach den empirischen Befunden unter bestimmten Umständen auch Problemlösungen verhindern oder erschweren können.

Der folgende **Fragenkatalog** faßt das Forschungsprogramm zusammen, das aus der Summe der verschiedenen Beiträge zu *Global Governance* zusammengestellt werden kann:

1. PROBLEM

a) empirisch-analytisch

- Welche Bedeutung haben Globalisierung und Fragmentierung in einzelnen Politikfeldern?
- Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Handlungsfähigkeit von Staaten in unterschiedlichen Politikfeldern?

- Warum sind die bestehenden Regulationsformen zur Problemlösung nicht ausreichend?

b) normativ-präskriptiv

- Wie läßt sich die Erreichung der Ziele von *Global Governance* verbessern: Gewaltlosigkeit/Frieden, Menschenrechte, Bewahrung kultureller Pluralität, humanitäre Aktionen, Armutsbekämpfung und Entwicklung, ökonomische Stabilität, Umweltschutz?

2. STRUKTUR 1 (Regelungsformen, Akteure)

a) empirisch-analytisch

- Wie wirken staatliche und nicht-staatliche Akteure und Regulationsformen zusammen? Welche Typen von Regulationsformen gibt es?
- Welche staatlichen Akteure (Ministerien etc.) sind an internationaler Kooperation beteiligt?
- Welche Rolle spielen NGOs in der internationalen Politik?
- Was sind die Leistungen und Grenzen internationaler Regime?
- Wie wird die Einhaltung von international vereinbarten Regelungen überprüft?
- Was sind die Leistungen und Grenzen der Netzwerksteuerung?
- Für welche Art von Problemen sind Netzwerkstrukturen, Hierarchie, Markt oder gegebenenfalls Mischungen dieser Steuerungsformen geeignete Lösungsverfahren?

b) normativ-präskriptiv

- Sollen NGOs mehr Einflußmöglichkeiten auf internationale (staatliche) Organisationen erhalten?

- Wie kann in NGO-Netzwerken die unterschiedliche Repräsentativität und Macht einzelner Organisationen ausgeglichen werden?
- Reichen Selbstverpflichtungen von Unternehmen als Regulierungsform für die Realisierung öffentlicher Interessen aus?
- Wie können transnationale Konzerne in gemeinwohlbezogene Projekte eingebunden werden?

3. STRUKTUR 2 (Ebenen)

a) empirisch-analytisch

- Welche Kompetenzen werden von welcher Ebene wahrgenommen?
- Welche Aufgaben bleiben originäre Staatenkompetenz?
- Wie wirken Regelungsformen auf den unterschiedlichen Ebenen zum gleichen Problembereich zusammen?
- Wie arbeiten UNO, Regionalorganisationen, Staaten und NGOs in humanitären Nothilfeoperationen zusammen?
- Können Föderalismus oder Autonomiearrangements die Desintegration von Staaten verhindern?
- Gibt es auf Solidarität beruhende Regelungen oberhalb der staatlichen Ebene?
- Welche Funktionen erfüllen Regionalorganisationen in einer globalisierten Ökonomie?

b) normativ-präskriptiv

- Welche Aufgaben sollen auf welcher Ebene bewältigt werden?
- Mit welchen spezifischen, an die lokalen Verhältnisse angepassten institutionellen Arrangements können die Minderheitenprobleme eines Landes gelöst und kulturelle Pluralität erhalten werden?

- Welche Stellung sollen Individuen im Völkerrecht erhalten?

4. PROZESS

a) empirisch-analytisch

- Welche Interessen- und Machtstrukturen in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen verhindern bessere Problemlösungen?
- Was sind die Voraussetzung für einen Wandel internationaler Institutionen?
- Welche Bedeutung haben Leitbilder/Ideen für soziale Veränderungen?
- Welche Bedeutung haben Führungspersönlichkeiten in Verhandlungsprozessen?
- Welche Werte fördern die Bereitschaft zu Kooperation? Sind diese universeller oder kulturspezifischer Natur? Wie bilden sich solche Werte heraus?
- Welche Auswirkungen haben bestimmte Regelungen auf unterschiedliche Akteursgruppen? Wer gewinnt und verliert?
- Welche gesellschaftlichen Gruppen treten für mehr ökonomische Verteilungsgerechtigkeit und Umweltschutz ein? Welche gesellschaftlichen Gruppen setzen sich dagegen ein? Welches Gewicht haben diese Gruppen im politischen Prozeß?
- Wie entwickeln sich internationale Regime im Zeitverlauf: Können weitergehende Regelungen als ursprünglich vereinbart inkrementell durchgesetzt werden?
- In welchem Verhältnis stehen inkrementelle und radikale Veränderungen in historischer Perspektive? Wie entstehen radikale Veränderungen?

b) normativ-präskriptiv

- Wie kann die Bereitschaft zu Kooperation gesteigert werden?
- Wie können Interessen- und Machtstrukturen überwunden werden, die bessere Problemlösungen verhindern?
- Wie läßt sich die Kommunikation zwischen verschiedenen Kulturen verbessern?

5. ORDNUNGSFRAGEN**a) empirisch-analytisch**

- Sind sektorale Problemlösungen effektiv? Gibt es bedeutende Interdependenzen zwischen Politikfeldern? Gibt es einen Bedarf für politikfeldübergreifende Koordinierung?
- Wie verhalten sich soziale und ökologische Politiken zu ökonomischen? Bestehen Spannungsverhältnisse zwischen den Zielen?
- Können Kooperationserfolge in bestimmten Sektoren zur Verbesserung der Einigungschancen in anderen Bereichen beitragen (z.B. durch Vertrauensbildung)?
- Welche Arrangements gibt es zur Koordinierung von Ressortpolitiken und zur Schaffung von Politikkohärenz (z.B. interministerielle Arbeitskreise im nationalen Rahmen)? Was sind deren Leistungen und Defizite?
- Wird die nationale Demokratie durch internationale Politikformulierung geschwächt?
- Tragen „Paketlösungen“ zu mehr Politikkohärenz bei?

b) normativ-präskriptiv

- Durch welche institutionellen Arrangements kann eine größere Kohärenz der Außenpolitik erreicht werden? Wie

können Blockaden in existierenden Arrangements überwunden werden?

- Wie können unabhängig voneinander durchgeführte Aktivitäten verschiedener Staaten und internationaler Organisationen zum gleichen Politikbereich koordiniert werden?
- Wie kann Macht auf der internationalen Ebene demokratisch kontrolliert werden? Ist mehr Repräsentanz, Transparenz oder Partizipation (oder eine Verbindung dieser Elemente) das geeignete Mittel?
- Wie kann die Transparenz und Rechenschaftspflicht internationaler Organisationen verbessert werden?
- Welche Partizipationsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen auf allen Ebenen soll es geben?
- Wieviel institutionelle Kohärenz im Weltmaßstab ist angesichts der kulturellen Diversität erstrebenswert?
- Wie soll die UNO reformiert werden, um sie zu einem effektiven und effizienten Koordinierungsgremium zu machen?
- Wie kann internationale Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden?

Dieses Kapitel rekapitulierend kann mit Blick auf die in der Einleitung aufgeworfenen Fragen festgehalten werden, daß *Global Governance* offensichtlich mehr ist als eine normative Vision. Es ist ein Forschungsprogramm, das sowohl eine empirisch-analytische als auch eine normativ-präskriptive Komponente umfaßt. Bevor die Frage beantwortet werden kann, ob *Global Governance* dabei ein eigenständiger Forschungsansatz oder nur ein Dachbegriff für eine Vielzahl von Ansätzen ist, soll im folgenden Kapitel das Verhältnis von *Global Governance* zu verwandten Forschungsansätzen diskutiert werden.

3 Verortung von *Global Governance* in der Forschungslandschaft

Das in Kapitel 2 vorgestellte Forschungsprogramm soll nun daraufhin untersucht werden, inwiefern es innovativen Charakter hat und inwieweit bei seiner Bearbeitung auf bestehende Ansätze zurückgegriffen werden kann: Welche Fragen wurden bereits bearbeitet? Mit welchem Ergebnis? Wodurch unterscheidet sich *Global Governance* von den skizzierten Ansätzen?

3.1 Regimeanalyse

Die seit Mitte der 70er Jahren zunehmend in der wissenschaftlichen Disziplin der internationalen Beziehungen verbreitete Regimeanalyse (Kratochwil/Ruggie 1986, Müller 1993: 17ff) beschäftigt sich mit einem wichtigen Teilaspekt von *Global Governance* aus den Bereichen **Struktur 1** und **Prozeß**: den Entstehungsbedingungen und der Funktionsweise von internationalen Regimen. Regime können folgendermaßen definiert werden:

„... we suggest defining international regimes as social institutions consisting of agreed upon principles, norms, rules, procedures and programs that govern the interactions of actors in specific issue areas. As such, regimes give rise to recognized social practices in international society. Defined in this way, regimes are distinct from international organizations which are material entities, from the broader structure of international society which consists of encompassing principles of conduct valid across all issue areas, and from the world order which encompasses the sum of all the institutional arrangements operative at the international level. (Levy/Young/Zürn

1995: 274, ohne Hervorhebung des Originals).

Regime stellen eine besondere Art von Institution, d.h. von dauerhaften Handlungsmustern, dar. Es handelt sich um intentional geschaffene und kooperative Institutionen - im Gegensatz zu reinen Gewohnheiten und nicht-kooperativen, dauerhaften Handlungsmustern wie dem Machtgleichgewicht des Kalten Krieges (Müller 1993: 26f). Aufgrund des Definitionsmerkmals der Dauerhaftigkeit sind ad-hoc-Aktionen wie z.B. Katastrophenhilfe nicht als Regime zu bezeichnen, auch wenn es sich dabei um eine Form der Kooperation handelt (Müller 1993: 28). Regime müssen als soziale Institution ein gewisses Minimum an faktischer Wirksamkeit aufweisen - im Unterschied zu reinen Absichtserklärungen (Kohler-Koch 1989: 18, Levy/Young/Zürn 1995: 271f). Des weiteren ist die Politikfeldbezogenheit ein wichtiges Definitionsmerkmal von Regimen, das sie z.B. von allgemeinen Rechtsgrundsätzen unterscheidet (Levy/Young/Zürn 1995: 170). Die Unterscheidung von Prinzipien, Normen und Regeln - die in dieser Folge immer konkreter werden - sowie von Entscheidungsmechanismen und gegebenenfalls Handlungsprogrammen dient der detaillierten Beschreibung von Regimen.

Regime umfassen nach der weithin zitierten Definition von Krasner (1983: 2) sowohl explizite als auch implizite Regeln. Andere Autoren sprechen in diesem Zusammenhang von formellen und informellen sowie von rechtlich verbindlichen und unverbindlichen Regeln (Müller 1993: 17, Levy/Young/Zürn 1995: 271f).

Obwohl der Regimebegriff auch *transnationale* Regime - kooperative Institutionen zwischen nicht-staatlichen Akteuren - umfaßt, beschäftigt sich die Regimeanalyse

doch ganz überwiegend mit *internationalen* - zwischen Staaten vereinbarten - Regimen (Mayer/Rittberger/Zürn 1993: 404). Dabei wird neuerdings auch der Rolle von Nichtregierungsorganisationen im Verhandlungsprozeß (Young 1994: 105) und der Wechselwirkungen von innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Interessenkonstellationen in sogenannten „Two-Level-Games“ (Putnam 1988, Zangl 1994) Aufmerksamkeit geschenkt. Spieltheoretische Überlegungen spielen eine wichtige methodische Rolle innerhalb der Regimeanalyse (z.B. Zürn 1992).

Die Regimeanalyse befaßt sich mit den folgenden Fragen (Levy/Young/Zürn 1995: 268f.):

1. Wie kann das Zustandekommen von Regimen erklärt werden? (*regime formation*)
2. Wie dauerhaft und anpassungsfähig sind Regime bei Veränderungen der Ausgangsbedingungen ihrer Entstehung? (*regime robustness*)
3. Welche Auswirkungen haben Regime auf das Staatenverhalten? Werden die mit der Regelung angestrebten Ziele erreicht? (*regime effectiveness*)
4. Welche langfristigen Folgen haben Regime für die Struktur nationaler und internationaler Politik - insbesondere für die demokratische Legitimation von Politik? (*broader regime consequences*)

Der Großteil der Regimeanalysen hat sich bislang den ersten beiden Fragestellungen gewidmet (Levy/Young/Zürn 1995).

Von *Global Governance* unterscheidet sich die Regimeanalyse im Kern dadurch, daß fast ausschließlich zwischenstaatliche Regime und nur sektorale Regelungsmuster untersucht werden, nicht aber politik-

feldübergreifende Ordnungsstrukturen oder das Zusammenwirken von Regelungen auf unterschiedlichen Ebenen zum gleichen Gegenstandsbereich. Allerdings deutet die oben angeführte vierte Forschungsfrage auf eine zukünftige Annäherung der beiden Ansätze hin (Levy/Young/Zürn 1995: 311f).

Hinsichtlich der Erklärung des Zustandekommens von Regimen und der Analyse der Funktionsweise und Effektivität von Regimebestandteilen hat die Regimeanalyse aber einen reichen Fundus an Wissen zu bieten (z.B. Kohler-Koch 1989, Zürn 1992, Rittberger 1993, Young 1994, Young/Demko/Ramakrishna 1996, Breitmeyer 1996, Zacher 1996, Gehring/Oberthür 1997, Biermann 1998). Zur Erklärung des Zustandekommens von Kooperation in Form von Regimen werden drei unterschiedliche Erklärungsmuster angeboten, die jeweils Macht (z.B. Hegemon), Interessen (z.B. problemstruktureller und situationsstruktureller Ansatz, Zürn/Wolf/Efinger 1990) oder Ideen (z.B. „epistemic communities“, Haas 1992) in den Vordergrund stellen. Es gibt inzwischen auch Versuche, diese verschiedenen Erklärungsansätze zusammenzuführen (Hasenclever/Mayer/Rittberger 1997a).

In einem neuen Forschungsprojekt der Universitäten Dartmouth (USA) und Darmstadt wird versucht, eine internationale Regimedatenbank aufzubauen, die den Vergleich von Regimen aus unterschiedlichen Politikfeldern ermöglicht und damit auch für die politikfeldübergreifenden Fragestellungen von *Global Governance* äußerst vielversprechend sein kann (Breitmeyer/Levy/Young/Zürn 1996).

Hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit der Verbesserung von *Global Governance* durch das Zustandekommen weiterer Regime faßt Zürn (1997: 48) folgende aus der

Regimetheorie abgeleitete Ergebnisse zusammen:

„*The most important factors for those regimes to come into existence are workable monitoring and review systems, the crafting of rules that avoid strong redistributive effects between states and the existence of a transnational expertise that pushes for international regulation. Finally, international governance that aims at redistribution (redistributive regimes) is most difficult to achieve. Redistributive policies are therefore better achieved by regulatory regimes that harmonize social policies at the national level. For that purpose, change in the belief systems of transnational expert communities and governments is necessary.*“

3.2 Transnationalismus, Interdependenz, NGOs

Die Fragestellungen und Beobachtungen von *Global Governance* bezüglich der Rolle nicht-staatlicher Akteure in den internationalen Beziehungen wurden auf ähnliche Weise im Rahmen der Transnationalismus-Diskussion bereits Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre gestellt, die dann in die Interdependenz-Debatte überging. Seit den 80er Jahren gibt es in der Fortsetzung dieser Tradition unter dem Schlagwort „NGOs“ (*non-governmental organisations*) eine umfangreiche Debatte über die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen in der Weltpolitik. Da *Global Governance* an diese Debatten anschließt, sollen diese nun kurz dargestellt werden: Worin unterscheidet sich *Global Governance* von diesen älteren Ansätzen?

Transnationalismus kann definiert werden als grenzüberschreitende Beziehungen, bei denen mindestens ein Beteiligter nicht-

staatlicher Natur ist (Risse-Kappen 1995b: 3, vgl. Kaiser 1969, Keohane/Nye 1973). Gegenstand der Transnationalismus-Debatte sind somit nicht die auf außenpolitische Inhalte bezogenen Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft eines Landes, sondern nur diejenigen Aktivitäten gesellschaftlicher Akteure, die in direktem Bezug zu staatlichen oder gesellschaftlichen Akteuren anderer Länder bzw. internationalen Organisationen stehen (Keohane/Nye 1973: xiii). Ziel der Transnationalismusdebatte war es, der staatenzentrierten Sichtweise der Internationalen Beziehungen ein neues, der politischen Wirklichkeit adäquateres Paradigma entgegenzustellen. Sie ergänzte damit Ansätze, die für die Analyse der Außenpolitik auf die Bedeutung innerstaatlicher Politikprozesse verwies (z.B. Krippendorff 1963).

Keohane/Nye (1973: xi) formulierten die folgenden Fragestellungen für die Transnationalismusforschung:

1. Auswirkungen transnationaler Beziehungen auf die Handlungsfähigkeit von Staaten
2. Eignung des staatenzentrierten Analysemodells
3. Ungleiche Auswirkungen von transnationalen Beziehungen für verschiedene Staaten (Verstärkung von Asymmetrien)
4. Folgen für die Außenpolitik der USA
5. Welche Aufgaben ergeben sich für internationale Organisationen?

Zur Bearbeitung dieser Fragen schlugen Keohane/Nye (1973: 384) die folgenden Forschungsschwerpunkte vor: 1) Analyse von Politikfeldern, 2) Erforschung der internen Strukturen transnationaler und transgouvernementaler Akteure, 3) Untersuchung von Beziehungen zwischen Politikfeldern (wie z.B. Sicherheit und Wirtschaft).

Die Fragestellungen sind somit denen von *Global Governance* sehr ähnlich. Welche Ergebnisse gab es damals?

Risse-Kappen (1995b: 7f) kritisiert an der älteren Transnationalismus-Diskussion, daß sie zu wenig empirischen Befunden führte. Zum einen liege dies an einem zu weit gefaßten Konzept transnationaler Beziehungen, das sämtliche Phänomene der internationalen Beziehungen - mit Ausnahme rein zwischenstaatlicher - umfaßt, worunter so unterschiedliche Phänomene wie transnationale Unternehmen und lockere Allianzen zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen fallen. Dies führt zu erheblichen Problemen bezüglich der empirischen Operationalisierbarkeit des Konzepts. Zum anderen kritisiert Risse-Kappen (1995b: 5) die damalige strikte Abgrenzung der gesellschaftszentrierten zur staatszentrierten Sicht der internationalen Beziehungen, die den Blick auf die wichtige Frage nach den *Interaktionen* zwischen der transnationalen und der zwischenstaatlichen Sphäre verstellte. Eine ähnliche Kritik wurde auch am Konzept der „komplexen Interdependenz“ (Keohane/Nye 1977, vgl. Müller 1993: 13f) formuliert, das an die Transnationalismus-Debatte anschließt und sowohl transnationale und staatliche als auch machtpolitische und kooperationstheoretische Aspekte zu verbinden versucht: Es handele sich um ein schwierig zu operationalisierendes Konzept, das nicht durch Akkumulation von Forschungsarbeiten zu einem „integrierten theoretischen Modell“ ausgebaut werden konnte, sondern eine „eher impressionistische Beschreibung der unterschiedlichen Facetten internationaler Interdependenz“ darstelle (Kohler-Koch 1990: 125, vgl. Risse-Kappen 1995b: 8 (Fn. 9)).

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen stellt ein neuer Strang der Transnationalismusforschung in den 90er Jahren eine spezifische, methodisch bearbeitbare Frage und versucht nicht, den gesamten Komplex transnationaler Beziehungen zu ergründen: „*under what domestic and international circumstances do transnational coalitions and actors who attempt to change policy outcomes in a specific issue-area succeed or fail to achieve their goals?*“ (Risse-Kappen 1995b: 5). Die Ergebnisse formuliert Risse-Kappen (1995c: 310) wie folgt: „*First, transnational relations matter in world politics ... Second, institutionalized structures of governance - domestic and international - mediate the policy impact of transnational actors. ... The weaker the 'state' domestically and internationally and the weaker international institutions, the less relevant are TNAs [transnational actors, H.M.]. But the states also need TNAs - to achieve economic growth, to gain new policy-relevant ideas, to create international institutions, and to monitor regime compliance. Third, if we concentrate on domestic structures and international institutions as major variables that determine the policy impact of TNAs, we appear to gain more explanatory leverage than by emphasizing international power structures, inter-state bargaining, domestic politics, or issue-area and actor properties.*“

Weitere neuere Arbeiten zu Phänomenen des Transnationalismus beschäftigen sich u.a. mit transgouvernementalen Netzwerken (Slaughter 1997), mit transnationalen Konzernen (Dunning 1993, Fuchs 1997) und insbesondere mit zivilgesellschaftlichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) (Princen/Finger 1994, Schramm 1995, Gordenker/Weiss 1996, Beisheim 1997, Smith/Weiss 1997).

Global Governance kann in den Dimensionen **Struktur 1** (Regelungsformen, Akteure) und **Struktur 2** (Ebenen) als Weiterführung des Transnationalismus-Ansatzes angesehen werden. Die in diesem Kontext entwickelten Typologien (z.B. Kaiser 1969, Gordenker/Weiss 1996: 42) und die entsprechenden Forschungsergebnisse können für die Forschung zu *Global Governance* eine hilfreiche Grundlage sein. Beispielsweise stellten Keohane/Nye (1973: 373) schon Anfang der 70er Jahre fest, daß Staaten in den Beziehungen zu nicht-staatlichen Akteuren oft in *Bargaining*-Situationen sind und sich nicht konfrontativ durchsetzen können. An der qualitativen Neuigkeit vieler von *Global Governance* konstatierten Phänomene kann somit gezweifelt werden, auch wenn deren quantitative Bedeutung wahrscheinlich stark zugenommen hat. Eine genaue Herausarbeitung der Veränderungen im Bereich des Transnationalismus seit den 1960er Jahren könnte ein wichtiger Schritt zur schärferen Konturierung von *Global Governance* sein.

3.3 Policy-Analyse, Steuerungstheorie, Netzwerkanalyse, Mehrebenensystem

Viele der Fragestellungen von *Global Governance* zu den **Strukturen** der Regelungsformen - d.h. nach dem Zusammenwirken von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren auf mehreren Ebenen in formellen und informellen Beziehungen - werden bereits seit längerem im nationalstaatlichen Rahmen - teilweise auch vergleichend - sowie neuerdings auch im Rahmen der Europäischen Union untersucht. Diese Forschungsarbeiten sind der Politikfeldanalyse

bzw. Policy-Analyse zuzuordnen²⁴, das heißt der Analyse von Strukturen und Prozessen der Politik bezogen auf spezifische Politikinhalt (policies). Die politischen Lösungsversuche für spezielle Probleme stehen dabei als abhängige Variable im Zentrum der Untersuchung. Dieser Fokus entspricht der **Problembezogenheit** von *Global Governance*.

Die **Policy-Analyse** fragt klassischerweise danach, was Regierungen tun, warum sie es tun und mit welchem Erfolg sie es tun (Jann 1994: 309). Dabei verwendet sie zumeist zur Strukturierung der Analyse eine Phasenheuristik, die zwischen Agenda-Setting, Politikformulierung, Implementation und Evaluierung unterscheidet (vgl. Schubert 1991: 69ff, Jann 1994: 311)²⁵. Die dynamische Perspektive ist somit ein wichtiges Merkmal der Policy-Analyse (Schumann 1996: 76).

Eine - potentiell auch für *Global Governance* - wichtige Unterscheidung von Politiktypen, die zu unterschiedlichen Politikprozessen (Wahrscheinlichkeit von Konflikt und Konsens) führen, stammt von T. Lowi, der ihnen die Bezeichnung „Politikarenen“ gab (Schubert 1991: 37f, 61ff, vgl. Héritier 1993b: 19f). Es kann unterschieden werden zwischen distributiver, redistributiver, regulativer und konstitutiver Politik. Bei *distributiver* Politik handelt es sich um wenig konfliktträchtige Positivsummenspielsituationen; *redistributive* Politik impliziert ein Nullsummenspiel und

²⁴ Steuerungstheorie, Netzwerkanalyse und Mehrebenensystem werden hier der Policy-Analyse im weiteren Sinn zugeordnet, da sie überwiegend auf politikfeldbezogenen Analysen beruhen. Zu Unterschieden zur Policy-Analyse vgl. z.B. Schubert 1995a.

²⁵ Außer der hier wiedergegebenen gibt es noch eine Vielzahl unterschiedlicher Einteilungen des Policy-Prozesses.

intensive Konflikte; *regulative* Politik ist je nach konkretem Regelungsinhalt durch wechselnde Konflikt- und Konsenskonstellationen gekennzeichnet; die auf die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen des Systems zielende *konstitutive* Politik ist die Arena intensiver, oft ideologischer Konflikte.²⁶

Ein wichtiges Ergebnis der policy-analytischen Forschung ist die Erfahrung, daß die rationale Planbarkeit von Politik aufgrund ihrer Komplexität begrenzt ist und „mechanistisches Denken“ dem Gegenstand unangemessen ist: „*die gesellschaftlichen Zusammenhänge, in die mittels öffentlicher Maßnahmen interveniert wird, lassen sich nicht auf eindeutige und einfache Wenn-Dann-Sätze reduzieren; vielmehr sind sie multi-determiniert und entwickeln sich häufig zirkulär*“ (Héritier 1993b: 12). Als Reaktion auf diese Erfahrungen wurde unter anderem eine neue Steuerungstheorie formuliert und der weiter unten vorgestellte Netzwerkansatz entwickelt (vgl. Héritier 1993b: 15ff).

Aus der Policy-Analyse ging eine neue **Steuerungstheorie** hervor, die das netzwerkförmige Zusammenwirken staatlicher und nicht-staatlicher Akteure bei der Problemlösung als Alternative zu strikt hierarchischer Steuerung oder zu politisch unbeeinflussten Marktprozessen in den Mittelpunkt der Analyse stellt (Scharpf 1993, Mayntz/Scharpf 1995, Kenis/Schneider 1996, Mayntz 1997). Netzwerke werden dabei als problembezogene Interaktionen weitgehend autonomer Akteure verstanden

(vgl. Schubert 1991: 91ff, Scharpf 1993: 72, Messner 1995: 169f). Generell fragt die Steuerungstheorie danach, „*in welchem Umfang und in welcher Tiefe die Politik gesellschaftliche Abläufe beeinflussen kann, welche politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für erfolgreiche politische Steuerung gegeben sein müssen und welche Rolle den Steuerungsobjekten im Steuerungsprozeß zukommt*“ (Braun 1995: 611). Im Rahmen der neuen Steuerungstheorie werden die Konstellationen der Politikformulierung und -implementation im Hinblick auf die Verbreitung hierarchischer, marktformiger und netzwerkformiger Steuerungsformen, die sich je nach Problem, Interessen und Verteilung von Problemlösungsressourcen ergeben, empirisch untersucht. Als Ergebnis wurde festgestellt, daß es wenig rein hierarchische Steuerung gibt und „*daß die tatsächliche Ordnung der Sektoren sich erst aus der Interaktion zwischen staatlich-öffentlicher Steuerung und zivilgesellschaftlich-privater Selbstregulierung ergab*“ (MPIfG 1997: 15). Von der empirischen Analyse von Steuerungsformen ist diejenige Steuerungstheorie zu unterscheiden, die insbesondere unter Verwendung spieltheoretischer Modelle die Bedingungen für erfolgreiche Problemlösung in Politiknetzwerken bzw. Verhandlungssystemen zu bestimmen versucht (Scharpf 1993, Messner 1995).

Vom Netzwerk als horizontale Steuerungsform zu unterscheiden ist die empirische **Netzwerkanalyse**, die zunächst nur versucht, die Gesamtheit der Beziehungen zwischen allen relevanten Akteuren im Politikprozeß zu erfassen und in ihrer Bedeutung für das Zustandekommen der Politikergebnisse zu gewichten (Schubert 1994, Jansen/Schubert 1995). Netzwerke

²⁶ Diese Typologie weist Ähnlichkeiten zu den zeitlich später formulierten problem- und situationsstrukturellen Ansätzen der Regime-Analyse auf. Die Regime-Analyse kann als Pendant der Policy-Analyse auf internationaler Ebene angesehen werden.

in diesem Sinn sind kein neues Phänomen, sondern existierten wahrscheinlich schon immer, wie die in fast allen Gesellschaften verbreiteten Phänomene der Korruption und Vetternwirtschaft belegen. Als Analyseansatz lenkt das Netzwerkkonzept die Aufmerksamkeit auf die Vielzahl auch informeller Kontakte, die das Verhalten politischer Akteure in Entscheidungssituationen beeinflussen. Schumann (1996: 83) faßt die von Waarden (1992) formulierten Analysekatoren des Netzwerkansatzes wie folgt zusammen: Akteure, Funktion (z.B. Informationsaustausch oder Koordination), Struktur (Art und Intensität der Interaktionen), Institutionalisierung, Spielregeln, Machtbeziehungen, Akteursstrategien. Das Netzwerk-Konzept ist ein sehr allgemein gehaltenes analytisches Konzept, daß Ansätze wie den Pluralismus und den Korporatismus als spezifische Netzwerkformen umfaßt (Schumann 1996: 83, vgl. Schubert 1995b)

Als Weiterentwicklung der Policyanalyse entstand in Bezug auf die wissenschaftliche Analyse der Europäischen Union das Konzept des **Mehrebenensystems** bzw. der Mehrebenenpolitik, da die weit vorangeschrittene Verknüpfung der Politikebenen in Europa in vielen Politikfeldern die isolierte Betrachtung der nationalen Ebene inadäquat gemacht hat (vgl. Scharpf 1994, Kohler-Koch/Jachtenfuchs 1996a, Zürn 1996: 36f). Das Konzept umfaßt das Merkmal der Supranationalität (d.h. im Unterschied zur Internationalität eine eigenständige Handlungskompetenz der überstaatlichen Ebene bzw. eine Souveränitätsübertragung der Mitgliedsstaaten) plus eine enge Verknüpfung der Ebenen (im Unterschied zu einer hierarchisch dominierenden, zentralistischen suprana-

tionalen Ebene).²⁷ Um zusätzlich noch den evolutionären Charakter europäischer Politik zu betonen, verwenden Kohler-Koch/Jachtenfuchs (1996b: 539) den Begriff „dynamisches Mehrebenensystem“: „Die Dynamik bezieht sich dabei auf den stetigen Prozeß institutionellen Wandels, in dem regiert wird; die Charakterisierung als Mehrebenensystem verweist darauf, daß die EU die Nationalstaaten in ein umfassendes System einschließt, ohne daß nationale politische, gesellschaftliche, ökonomische und rechtliche Systeme aufhören zu existieren.“

Das Konzept des Mehrebenensystems wurde primär zur Beschreibung des politischen Systems der Europäischen Union geprägt und beinhaltet keinen eigenständigen methodischen Ansatz. Aufgrund der komplexen Entscheidungsstrukturen wird es aber oft mit dem netzwerkanalytischen Verfahren verbunden (Heritier u.a. 1994, Staack 1997). Darüber hinaus ist es Kristallisationspunkt für die Entwicklung komplexer Modelle zur Analyse politischer Prozesse (Schumann 1996), die auch für das empirische *Global Governance*-Konzept richtungsweisend sein können.²⁸

²⁷ Das Konzept des Mehrebenensystems unterscheidet sich somit von der älteren Föderalismusforschung durch die Existenz einer supranationalen Ebene, doch kann auch sie eine nützliche Wissensquelle hinsichtlich Fragen der Beziehungen zwischen verschiedenen Ebenen sein.

²⁸ Es sei angemerkt, daß die in der Literatur öfters anzufindende Interpretation der europäischen Integration als Vorbild für *Global Governance* (im normativ-präskriptiven Sinn) nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die Entstehung von Supranationalität in Europa auf ganz besondere historische Faktoren zurückgeführt werden kann, die schwer replizierbar sind. Der normativ-präskriptive Nutzen des EU-Mehrebenensystems als Wissensquelle für das Zusammenwirken verschiedener Ebenen von *Global Governance* ist aufgrund dieser Einmaligkeit der Supranationalität in der EU begrenzt.

Hinsichtlich aktueller **Forschungsprogramme** in den genannten Bereichen, die für die Fragen von *Global Governance* relevant sind, sei exemplarisch auf das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und das DFG-Schwerpunktprogramm „Regieren in der Europäischen Union“ hingewiesen.

Für den gesamten Bereich der policy-analytischen Forschung kommt dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG) in Köln eine hervorgehobene Rolle zu. Die Steuerbarkeit von Gesellschaften ist das zentrale Forschungsinteresse des 1985 gegründeten Instituts, das sich überwiegend der Analyse von *governance*, verstanden als „Struktur und Dynamik von sektoralen Regelungssystemen“ (MPIfG 1997: 15), widmet. Ausgehend von der Analyse nationaler Politik wandte sich das MPIfG zunehmend der europäischen Ebene und in kleinerem Umfang auch der internationalen Ebene (z.B. Lütz 1996, Genschel/Plümper 1997) zu, da deren faktische Bedeutung in den untersuchten Politikfeldern ihre Berücksichtigung erforderlich machte. Der „Mehrebenencharakter von Governance-Systemen“ (MPIfG 1997: 15) und Fragen der Steuerung unter den Bedingungen der Globalisierung stehen inzwischen im Mittelpunkt der Institutsarbeit: „*Das Forschungsprogramm des Instituts soll ... die Bedingungen der komplexen Verzahnung von staatlicher und vorstaatlicher Innenpolitik, Außenpolitik und internationaler Politik aufklären und durch empirische und theoretische Projekte zum besseren Verständnis ihrer Folgen für die Problemlösungsfähigkeit, die Interessenvermittlung und die demokratische Legitimation moderner Gesellschaften beitragen.*“ (MPIfG 1997: 17)

Drei Forschungsschwerpunkte werden benannt (MPIfG 1997: 16f):

1. die international und intersektoral vergleichende Analyse nationaler Regelungssysteme und deren Reaktion auf die veränderten externen Bedingungen;
2. die Untersuchung der Funktionsweise, Leistungsfähigkeit und demokratischen Legitimation transnationaler und supranationaler Regelungssysteme;
3. die Analyse des Zusammenspiels der Institutionen der Mehrebenen-Governance-Systeme.

Dabei bleibt der Ausgangspunkt der Fragestellungen zumeist der Regelungsbedarf einzelner Gesellschaften im Unterschied zum *Global Governance*-Konzept, das von globalen Problemen ausgeht. Außerdem liegt der Schwerpunkt der Arbeiten zur Mehrebenen-Problematik auf der Europäischen Union.

Speziell für die europäische Mehrebenenpolitik gibt es seit 1996 ein von Beate Kohler-Koch koordiniertes Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit dem Titel „Regieren in der Europäischen Union“²⁹: „*Ziel des beantragten Schwerpunktprogrammes ist es, durch die Analyse des Regierens in der Europäischen Union einen theoretischen und empirischen Beitrag zum Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen handlungsfähiger und demokratischer Politik unter den Bedingungen von Verflechtung und Interdependenz zu leisten. ... Regieren in der Europäischen Union soll in der Struktur-, in der Prozeß- und in der inhaltlichen Dimension analysiert werden, wobei empirisch-analytische, normative oder praxeologische Fragestellungen zum*

²⁹ Homepage des Schwerpunktprogramms: [<http://www.mzes.uni-mannheim.de/arb3/dfg.html>]

Tragen kommen können. Konkrete Forschungsfelder sind

1. *Mikroanalysen europäischer Politik*
2. *Europäisierung und Veränderung binnenstaatlichen Regierens*
3. *Konvergenz oder Divergenz durch europäisches Regieren?*
4. *Optimale Handlungsräume und Verfassungsordnungen.*“ (DFG-Schwerpunktprogramm o.J.).

Innerhalb dieses Rahmens findet eine große Zahl von konkreten Forschungsprojekten statt, die alle Dimensionen von *Global Governance* umfassen, aber selbstverständlich auf den europäischen Raum beschränkt sind.³⁰

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

Die verschiedenen politikfeldanalytischen Ansätze bieten Analysewerkzeuge für die **empirische** Untersuchung von grenzüberschreitenden Politikstrukturen. Darüber hinaus bieten sie einen Fundus von politikfeldspezifischem Wissen unterhalb der globalen Ebene, der für *Global Governance* hilfreich sein kann. Eine Vielzahl aktueller Forschungsprojekte ist von unmittelbarer Relevanz für *Global Governance*, alle Dimensionen von *Global Governance* werden von ihnen berührt.³¹

Im Hinblick auf ein **normativ-präskriptives** Verständnis von *Global Governance* bietet die Steuerungstheorie darüber hinaus Handlungswissen für das Design von Politikinstrumenten. Allerdings weisen die policy-analytischen Ansätze auch auf die Schwierigkeiten hin, komplexe Politikprozesse intentional zu

steuern. Die von *Global Governance* als normativ-präskriptivem Konzept propagierten „neuen“ Politikstrukturen sind nur auf der globalen Ebene, nicht aber auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene. Die Erfahrungen von diesen Ebenen können von *Global Governance* berücksichtigt werden, um das Problemlösungspotential dieser Strukturen und deren Schwierigkeiten zu bewerten. Beispielsweise ist die Leistungsfähigkeit transnationaler Politiknetzwerke als Steuerungsinstrument von *Global Governance* nur unter ganz bestimmten Bedingungen gegeben, oft können Netzwerke auch Problemlösungen blockieren (Messner 1994).

4 Fazit

In der vorliegenden Studie sollte der Inhalt von *Global Governance* als Forschungsprogramm herausgearbeitet werden. Dabei wurde gefragt, welche Aspekte von *Global Governance* neue Fragestellungen darstellen bzw. Kernbereiche der *Global Governance*-Forschung sind. Die Frage nach der „Neuigkeit“ eines Ansatzes dient dabei einem speziellen Zweck: Es geht nicht darum zu zeigen, daß es eventuell alles schon einmal gab und der Ansatz deshalb unnötig ist, sondern darum, zu zeigen, auf welchen Grundlagen er aufbauen kann und wo ein bislang wenig erschlossenes Forschungsfeld beginnt.

Global Governance ist in erster Linie ein begriffliches Dach für eine Vielzahl von Forschungsfragen und damit ein komplexes Forschungsprogramm. Dieses wurde anhand der Kategorien **Probleme**, **Struktur 1** (Regelungsformen, Akteure), **Struktur 2**, (Handlungsebenen), **Prozeß** und **Ordnungsfragen** strukturiert. Es umfaßt eine empirisch-analytische und eine normativ-präskriptive Komponente.

³⁰ Für die einzelnen Projekte siehe [<http://www.mzes.uni-mannheim.de/arb3/dfg.html>].

³¹ Allerdings ohne die außer-europäischen Regionen und die globale Ebene zu berücksichtigen.

In **empirisch-analytischer** Hinsicht ist *Global Governance* so umfassend, daß es mit nahezu der Gesamtheit sozialwissenschaftlicher Forschungsbereiche Überschneidungen gibt. Bei der politikfeldspezifischen Analyse von Staat, Markt und kooperativen Netzwerken von der lokalen bis zur globalen Ebene kann auf methodische Ansätze anderer Forschungsbereiche wie die Regimeanalyse oder die Policy-Analyse zurückgegriffen werden (**Probleme, Struktur 1 und 2, Prozeß**). *Global Governance* selber ist mehr eine Strukturierung von Fragestellungen als ein eigenständiges, Kategorien zur Erfassung der Realität bereitstellendes Analysekonzept. Eine Vielzahl von Fragestellungen von *Global Governance* - wie z.B. die Frage nach den Bedingungen für die Entstehung von Kooperation - werden zwar bereits in anderen Forschungszusammenhängen untersucht. Vergleichende Studien im Rahmen des *Global Governance*-Konzepts könnten hier aber eine Bündelungsfunktion des verstreuten Wissens wahrnehmen.

Es gibt darüber hinaus jedoch auch einen Kern von Fragestellungen, der nur von *Global Governance* thematisiert wird bzw. zu dem es bislang wenig wissenschaftliche Arbeiten gibt. Dazu gehört die vergleichende Analyse von Politikstrukturen, die von der globalen bis zur lokalen Ebene reichen, wie der Agenda 21-Prozeß, Zertifizierungsorganisationen für fairen Handel oder ökologisch verträgliche Produkte sowie Nothilfe-Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen im Zusammenspiel mit der UNO (Smith/Weiss 1997). Auch die Analyse der Weltkonferenzen-Prozesse gehört zu diesem Kernbereich von *Global Governance* (Messner/Nuscheler 1996b). Ein weiterer, besonders wichtiger Schwerpunktbereich von

Global Governance ist die Frage nach politikfeldübergreifenden **Ordnungsstrukturen** zur Effektivitäts- und Legitimationsverbesserung politischer Steuerung, die jedoch angesichts wenig empirisch beobachtbarer Phänomene stark normativ-präskriptive Züge trägt.

In **normativ-präskriptiver** Hinsicht ist zwischen radikalen und inkrementellen Veränderungsvorschlägen zu unterscheiden. Zur ersten Kategorie gehören allgemeine normative Leitbilder wie das der verstärkten Kooperationsorientierung und Nachbarschaftsethik der CGG, aber auch konkretere Vorschläge wie die Schaffung eines „Rats für wirtschaftliche Sicherheit“ (CGG 1995b: 170ff). An diesen Vorschlägen mag kritisiert werden, sie seien unrealistisch bzw. utopisch, doch verkennt eine solche Kritik, daß es sich hierbei um Ideen handelt, die als Anstoß für politische Akteure in einer längerfristigen Perspektive formuliert werden. Solch weitreichende Vorschläge basieren auf der Annahme der Zukunftsoffenheit, d.h. daß die zukünftige Entwicklung nicht vorhersehbar ist und stark von den Handlungen der an den politischen Prozessen beteiligten Akteure abhängt.

Darüber hinaus können auf der Grundlage einer präzisen Problemanalyse, die die Funktionsweise bestehender Strukturen umfaßt, auch konkrete Instrumente der Politikberatung formuliert werden, die in inkrementellen Schritten Verbesserungen ermöglichen können. Sie sind als wichtige Ergänzung zu den weiterreichenden Handlungsvorschlägen bzw. Leitbildern anzusehen, da ein auf radikale Veränderung beschränktes *Global Governance*-Konzept in die Gefahr gerät, ähnlich wie die Diskussion um eine Neue Weltwirt-

schaftsordnung in den 70er Jahren wirkungslos zu verpuffen.

Dabei stellt sich allerdings die Schwierigkeit, daß zur Entwicklung solcher Instrumente Detailwissen im betroffenen Politikfeld erforderlich ist. Hier stößt *Global Governance* - verstanden als übergreifendes, Wissen bündelndes Konzept - möglicherweise auf eine Grenze seiner Leistungsfähigkeit: In der Politikberatung bedarf es einer Verbindung von Synthese- bzw. Orientierungswissen - das aufgrund seiner relativ abstrakten Ansatzhöhe die Details der konkreten Verhältnisse nicht erfassen kann - mit Spezial- bzw. unmittelbarem Handlungswissen. Letzteres gehört aber nicht zum Kernbereich von *Global Governance*.

Im Ergebnis kann innerhalb des umfassenden Forschungsprogramms von *Global Governance* ein Kernbereich von Fragestellungen identifiziert werden, der sich von anderen wissenschaftlichen Ansätzen unterscheidet:

- die Analyse von Mehrebenen-Politikstrukturen von der globalen zur lokalen Ebene;
- die Analyse politikfeldübergreifender Ordnungsfragen;
- die Synthese der Vielzahl von Forschungsarbeiten zu Teilaspekten von *Global Governance* im Sinne einer Bündelung und Systematisierung des vorhandenen Wissens anhand eines umfassenden Kategorienrahmens, der zur Herstellung von Bezügen zwischen den einzelnen Elementen helfen kann³²;

- die Formulierung von Handlungsvorschlägen zur Verbesserung der Problemlösungsfähigkeit (Gestaltung von Rahmenbedingungen/Ordnungspolitik) und der Problemlösungen (Prozeßpolitik).

Da das Forschungsprogramm von *Global Governance* sowohl empirisch-analytische als auch normativ-präskriptive Elemente umfaßt, ist eine klare Unterscheidung zwischen Zielbestimmung (Soll-Definition), empirisch beobachtbaren Phänomenen (Ist-Analyse) und Handlungsvorschlägen (Strategien zur Annäherung von Soll- und Ist-Zustand) von großer Bedeutung.

Abschließend soll noch einmal rekapituliert werden, auf welche Phänomene sich der Begriff *Global Governance* und die damit verbundenen Fragestellungen beziehen:

Erstens gibt es ein *allgemeines* Verständnis von *Global Governance*, das generell die Existenz von bewußt gesetzten Regelungsformen oberhalb der einzelstaatlichen Ebene bezeichnet. Dieser inhaltlich weitgehend unbestimmte *Global Governance*-Begriff kann für jeden beliebigen historischen Zeitpunkt verwendet werden. Außer der Abgrenzung zur Anarchie drückt er keine bestimmte Struktur der internationalen Beziehungen aus.

Zweitens gibt es entgegen diesem in Teilen der englischsprachigen Diskussion benutzten Sinn auch ein *inhaltlich bestimmtes* Verständnis von *Global Governance*. Es handelt sich somit um spezielle Ausprägungen des allgemeinen Begriffs von *Global Governance*. Dabei wird *Global Governance* zum einen *formell* durch die Beteiligung nicht-staatlicher Akteure an kooperativen Regelungsformen und den Mehrebenencharakter von Politik definiert. Zum anderen gibt es ein auf die

³² Als Ergebnis einer so verstandenen Synthese ist aufgrund der Komplexität der Thematik keine einheitliche Theorie zu erwarten. Statt dessen ist ein strukturierter Überblick zu erwarten, der Theorien zu speziellen Teilbereichen *ergänzt*.

Regelungsinhalte bezogenes, *substantiell* bestimmtes Verständnis von *Global Governance*. Hierbei überwiegt das Verständnis von *Global Governance* als politische Korrektur der globalisierten Marktwirtschaft im Sinne eines „re-embedding“ (Ruggie 1997), einer Einbindung des ökonomischen Systems in umfassendere gesellschaftliche Ziele. *Global Governance* in diesem substantiell bestimmten Sinn ist das Gegenteil von Regelungen, die eine weitere Liberalisierung und Globalisierung der Märkte zum Inhalt haben.

Bibliographie³³

- Altvater, Elmar/B. Mahnkopf, 1996: Grenzen der Globalisierung, Münster.
- Altvater, Elmar/A. Brunnengräber/M. Haake/H. Walk (Hg.), 1997: Vernetzt und verstrickt, Münster.
- Amin, Ash/J. Hausner (eds.), 1997: Beyond Market and Hierarchy, Interactive Governance and Social Complexity, Cheltenham/Lyme.
- Barnett, Michael, 1997: Bringing in the New World Order, in: World Politics, vol. 49, no. 4 (July), S. 526-551.
- Baxi, Upendra, 1996: „Global Neighborhood“ and the „Universal Otherhood“: Notes on the Report of the Commission on Global Governance, in: Alternatives, vol. 21, no. 4, S. 525-549.
- Beck, Ulrich (Hg.), 1998: Politik der Globalisierung, Frankfurt/M.
- Beisheim, Marianne, 1997: Nichtregierungsorganisationen und ihre Legitimität, in: APuZ, Nr. 43/97, S. 21-29.
- Beisheim, Marianne/G. Walter, 1997: „Globalisierung“ - Kinderkrankheiten eines Konzepts, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 4. Jg., H. 1, S. 153-180.
- Bide, Sir Austin, 1993: The Influence of Science & Technology, Discussion Paper 1, The Centre for the Study of Global Governance, London School of Economics, London.
- Biermann, Frank, 1998: Weltumweltpolitik zwischen Nord und Süd, Baden-Baden (im Erscheinen).
- Biermann, Frank/U.E. Simonis 1998: Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung, SEF Policy Paper 9, Bonn (Stiftung Entwicklung und Frieden).
- Braczyk, Hans-Joachim/M. Heidenreich, 1998: Regional Governance Structures in a Globalized World, in: H. Braczyk/P. Cooke/M. Heidenreich (eds.): Regional Innovation Systems, The Role of Governances in a Globalized World, London, S. 414-440.
- Brand, Ulrich 1997: Posemuckel goes global, in: Blätter des iz3w, Nr. 224 (Oktober), S. 23-24.
- Brand, Ulrich 1997: Aufgeklärte Herrschaft(en), in: Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, Nr. 4, S. 27-28.
- Braun, Dietmar, 1995: Steuerungstheorien, in: Dieter Nohlen/R.-O. Schultze (Hg.): Lexikon der Politik (hg. von D. Nohlen), Bd. 1, Politische Theorien, München, S. 611-618.
- Breitmeier, Helmut, 1996: Wie entstehen globale Umweltregime?, Opladen.
- Breitmeier, Helmut/M. Levy/O. Young/M. Zürn, 1996: The International Regimes Database as a Tool for the Study of International Cooperation, Working Paper 96-160, International Institute for Applied Systems Analysis, Laxenburg.
- Brock, Lothar, 1997: Globaler Wandel und Staatenpolitik. Plädoyer für Multilateralismus, in: HSFK-Standpunkte, Nr. 7 (Oktober), Frankfurt/M.
- Brunnengräber, Achim, 1997: „Global Governance“ oder die Notwendigkeit eines neuen Globalkonzeptes - diskutiert am Beispiel der internationalen Klimapolitik, in: Altvater/Brunnengräber/Haake/Walk 1997: 257-292.

³³ Der vorliegende Bericht stützt sich auf eine Reihe von Dokumenten aus dem World-Wide-Web im html-Format. Dies hat zur Folge, daß es aufgrund des leserdefinierten Formats keine einheitliche Seitennumerierung für diese Texte gibt. Um bei langen Texten nicht unspezifisch auf den gesamten Text verweisen zu müssen, wird im Literaturverweis zur ungefähren Orientierung eine Seitenzahl angegeben, die in Relation zur im Literaturverzeichnis angegebenen Gesamtseitenzahl zu setzen ist.

- Calame, Pierre, 1996: *La pratique de la gouvernance*, Genf (Institut universitaire d'études du développement).
- Centre for the Study of Global Governance, o.J.: *About the Centre for the Study of Global Governance*, [<http://www.lse.ac.uk/experts/global/>; 20.7.1998].
- CGG (Commission for Global Governance), 1995a: *Our Global Neighbourhood*, Oxford etc.
- CGG (Commission for Global Governance), 1995b: *Nachbarn in Einer Welt*, Bonn (Stiftung Entwicklung und Frieden).
- CGG (Commission for Global Governance) (ed.), 1995c: *Issues in Global Governance, Papers written for the Commission on Global Governance*, London/The Hague/Boston.
- Cleveland, Harlan, 1988: *The Future of International Governance*, in: *The Futurist*, vol. 22, May-June, S. 9-12.
- Cox, Robert, 1997a: *An Alternative Approach to Multilateralism for the Twenty-first Century*, in: *Global Governance*, vol. 3, no. 1, S. 103-116.
- Cox, Robert, 1997b: *Introduction*, in: Cox 1997d: xv-xxx.
- Cox, Robert, 1997c: *Reconsiderations*, in: Cox 1997d: 245-262.
- Cox, Robert (ed.), 1997d: *The New Realism, Perspectives on Multilateralism and World Order*, Basingstoke/London.
- Desai, Meghnad, 1998: *Global Governance*, in: Messner 1998a: 323-344.
- Desai, Meghnad/P. Redfern (eds.), 1995: *Global Governance*, London/New York.
- DFG-Schwerpunktprogramm, o.J.: *Regieren in der Europäischen Union*, [<http://www.mzes.uni-mannheim.de/arb3/dfg.htm>; 23.5.1998]
- Die Gruppe von Lissabon, 1997: *Grenzen des Wettbewerbs*, München.
- Diehl, Paul F. (ed.), 1997: *The Politics of Global Governance*, Boulder/London.
- Dror, Yehezkel, 1994: *Ist die Erde noch regierbar?*, München.
- Dunning, John, 1993: *The Globalization of Business*, London/New York.
- Dunning, John, 1995: *The Global Economy and Regimes of National and Supranational Governance*, in: *Business & The Contemporary World*, vol. 7, no. 1, S. 124-136.
- Dunning, John (ed.), 1997: *Governments, Globalization and International Business*, Oxford etc.
- Falk, Rainer, 1995: *Neue Regeln für die Weltwirtschaft*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 40, H. 4, S. 428-437.
- Falk, Richard, 1995a: *Liberalism at the Global Level: The Last of the Independent Commissions?*, in: *Millennium*, vol. 24, no. 3, S. 563-576.
- Falk, Richard, 1995b: *On Humane Governance, Toward a New Global Politics*, Cambridge/Oxford.
- Ferencz, Benjamin, 1998: *Von Nürnberg nach Rom, Auf dem Weg zu einem Internationalen Strafgerichtshof*, SEF Policy Paper 8, Bonn (Stiftung Entwicklung und Frieden).
- Finkelstein, Lawrence S., 1995: *What Is Global Governance*, in: *Global Governance*, vol. 1, no. 3, S. 367-372.
- Fricke, Werner (Hg.), 1997: *Jahrbuch Arbeit und Technik 1997, Globalisierung und institutionelle Reform*, Bonn.
- Fuchs, Peter, 1997: *Transnationale Konzerne als Akteure „nachhaltiger Entwicklung“?*, in: *Nord-Süd aktuell*, Jg. XI, Nr. 2, S. 284-300.

- Fues, Thomas, 1997: Rio plus 10: Der deutsche Beitrag zu einer globalen Strategie für nachhaltige Entwicklung, SEF Policy Paper 6, Bonn (Stiftung Entwicklung und Frieden).
- Gehring, Thomas/S. Oberthür, 1997 (Hg.): Internationale Umweltregime, Opladen.
- Genschel, Philipp/T. Plümper, 1997: Regulatory Competition and International Cooperation, MPIfG Working Paper 97/4, [http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/publikation/working_papers/wp97-4_e/wp97-4_e.html; 18.3.1998].
- Gettkant, Andreas/U.E. Simonis/J. Suplie, 1997: Biopolitik für die Zukunft, Kooperation oder Konfrontation zwischen Nord und Süd, SEF Policy Paper 4, Bonn (Stiftung Entwicklung und Frieden).
- Gill, Stephen (ed.), 1997: Globalization, Democratization and Multilateralism, Basingstoke/London.
- Gill, Stephen/J. Mittelmann (eds.), 1997: Innovation and Transformation in International Studies, Cambridge.
- Goetz, Anne Marie/R. O'Brien/J. Scholte/M. Williams, 1997: Global Economic Institutions and Global Social Movements Project, [<http://heiwww.unige.ch/gtnet/sussex.html>; 5.11.1997].
- Gorbatschow, Michail, 1997: Das Neue Denken, Politik im Zeitalter der Globalisierung, München.
- Gordenker, Leon/T. G. Weiss, 1996: Pluralizing Global Governance: Analytical Approaches and Dimensions, in: T. Weiss/L. Gordenker (eds.): NGOs, the UN, and Global Governance, Boulder/London.
- Gummett, Philip, 1996: Globalization and Public Policy, Cheltenham/Brookfield.
- Haas, Peter, 1992: Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination, in: International Organization, vol. 46, no. 1, S. 1-35.
- Haas, Peter/E. Haas, 1995: Learning to Learn: Improving International Governance, in: Global Governance, vol. 1, no. 3, S. 255-285.
- Hasenclever, Andreas/P. Mayer/V. Rittberger, 1997a: Theories of International Regimes, Cambridge.
- Hasenclever, Andreas/P. Mayer/V. Rittberger, 1997b: Regimes as Links Between States: Three Theoretical Perspectives, Tübingen (Tübingen Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung Nr. 29), [<http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/taps/tap29.htm>; 9.12.97].
- Hempel, Lamont C., 1996: Environmental Governance: The Global Challenge, Washington, DC.
- Héritier, Adrienne (Hg.), 1993a: Policy-Analyse, Opladen (=PVS-Sonderheft 24/1993).
- Héritier, Adrienne, 1993b: Einleitung – Policy-analyse. Elemente der Kritik und Perspektiven der Neuorientierung, in: dies. 1993a: 9-36.
- Héritier, Adrienne/S. Mingers/C. Knill/M. Becka, 1994: Die Veränderung von Staatlichkeit in Europa, Opladen.
- Hirst, Paul/G. Thompson, 1996: Globalization in Question, Cambridge/Oxford.
- Hollingsworth, J. Rogers, 1991: Die Logik der Koordination des verarbeitenden Gewerbes in Amerika, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 43, H. 1, S. 18-43.
- Holton, Robert, 1998: Globalization and the Nation-State, Basingstoke/London.
- Jann, Werner, 1994: Politikfeldanalyse, in: Kriz/Nohlen/Schultze 1994: 308-314.
- Jansen, Dorothea/K. Schubert (Hg.), 1995: Netzwerke und Politikproduktion, Marburg.

- Jessop, Bob, 1995: *The Regulation Approach, Governance and Post-Fordism: Alternative Perspectives on Economic and Political Change?*, in: *Economy and Society*, vol. 24, no. 3 (August), S. 307-333.
- Judd, Lord (Frank), 1993: *Global Governance: A Cry for Action*, Discussion Paper 2, The Centre for the Study of Global Governance, London School of Economics, London.
- Kaiser, Karl, 1969: *Transnationale Politik*, in: E. O. Czempel (Hg.): *Die anachronistische Souveränität*, Köln/Opladen (= PVS Sonderheft 1/1969), S. 80-109.
- Kenis, Patrick/V. Schneider (Hg.), 1996: *Organisation und Netzwerk*, Frankfurt/New York.
- Keohane, Robert/H. Milner (eds.), 1996: *Internationalization and Domestic Politics*, Cambridge.
- Keohane, Robert/J. Nye (eds.), 1973: *Transnational Relations and World Politics*, Second Printing, Cambridge (Massachusetts).
- Keohane, Robert/J. Nye, 1977: *Power and Interdependence*, Boston/Toronto.
- King, Alexander/B. Schneider, 1991: *The First Global Revolution*, New York.
- King, Alexander/B. Schneider, 1992: *Die erste globale Revolution*, Frankfurt/M.
- Knight, W. Andy, 1995: *Beyond the UN-System? Critical Perspectives on Global Governance and Multilateral Evolution*, in: *Global Governance*, vol. 1, no. 2, S. 229-253.
- Kohler-Koch, Beate (Hg.), 1989: *Regime in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden.
- Kohler-Koch, Beate, 1990: „Interdependenz“, in: Rittberger 1990: 110-129.
- Kohler-Koch, Beate, 1993: *Die Welt regieren ohne Weltregierung*, in: Carl Böhrer/G. Wewer (Hg.): *Regieren im 21. Jahrhundert*, Opladen, S. 109-141.
- Kohler-Koch, Beate/M. Jachtenfuchs (Hg.), 1996a: *Europäische Integration*, Opladen.
- Kohler-Koch, Beate/M. Jachtenfuchs, 1996b: *Regieren in der europäischen Union - Fragestellungen für eine interdisziplinäre Europaforschung*, in: PVS, Jg. 37, H. 3, S. 537-556.
- Kratochwil, Friedrich/J. Ruggie, 1986: *International Organization: A State of the Art on the Art of the State*, in: *International Organization*, vol. 40, no. 4, S. 753-775.
- Kramer, Dieter, 1997: *Weltkulturen und Weltpolitik*, INEF-Report 25, Duisburg (Institut für Entwicklung und Frieden).
- Krasner, Stephen, 1983: *Structural Causes and Regime Consequences: Regimes as Intervening Variables*, in: ders. (ed.): *International Regimes*, Ithaca/London, S. 1-21.
- Krause, Keith/W. A. Knight (eds.), 1995: *State, Society, and the UN System*, Tokyo/New York/Paris.
- Krippendorf, Ekkehart, 1963: *Ist Außenpolitik Außenpolitik?*, in: PVS, 4. Jg., H. 3, S. 243-266.
- Kriz, Jürgen/D. Nohlen/R.-O. Schultze (Hg.), 1994: *Lexikon der Politik* (hg. v. D. Nohlen), Bd. 2, Politikwissenschaftliche Methoden, München.
- Ku, Charlotte/T. Weiss (eds.), 1998: *Toward Understanding Global Governance*, ACUNS Reports and Papers 1998 No. 2, Providence (Academic Council on the United Nations System), [http://www.brown.edu/Departments/ACUNS/NEW_publications/IRILToolbox.pdf; 15.7.1998].
- Kulesa, Manfred/D. Starck, 1997: *Frieden durch Sanktionen? Empfehlungen für die deutsche UN-Politik*, SEF Policy-Paper 7, Bonn (Stiftung Entwicklung und Frieden).

- Kulesa, Margareta/J. Altmann/H. Elsenhans/M. Windfuhr, 1996: Mit der WTO ins nächste Jahrhundert, Herausforderungen für die globale Handelspolitik, SEF Policy Paper 1, Bonn (Stiftung Entwicklung und Frieden).
- Leatherman, Janie/R. Pagnucco/J. Smith, 1994: International Institutions and Transnational Social Movement Organizations: Transforming Sovereignty, Anarchy, and Global Governance, Working Paper Series 5:WP:3, Kroc Institute for International Peace Studies, University of Notre Dame, Notre Dame.
- Levy, Marc/O. Young/M. Zürn, 1995: The Study of International Regimes, in: European Journal of International Relations, vol. 1, no. 3, S. 267-330.
- Lütz, Susanne, 1996: The Revival of the Nation-State? Stock Exchange Regulation in an Era of Internationalized Financial Markets, MPIfG Discussion Paper 96/9, Köln (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung).
- Marin, Bernd/R. Mayntz (ed.), 1991: Policy Networks, Empirical Evidence and Theoretical Considerations, Frankfurt/ Boulder.
- Mathews, Jessica T., 1997: Power Shift, in: Foreign Affairs, vol. 76, no. 1, S. 50-66.
- Mayer, Peter/V. Rittberger/M. Zürn, 1993: Regime Theory: State of the Art and Perspectives, in: Rittberger 1993: 391-430.
- Mayntz, Renate, 1987: Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme - Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma, in: T. Ellwein u.a. (Hg.): Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Nr. 1/1987, Baden-Baden, S. 89-110.
- Mayntz, Renate, 1997: Soziale Dynamik und politische Steuerung, Frankfurt/New York.
- Mayntz, Renate/F. Scharpf (Hg.), 1995: Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung, Frankfurt/New York.
- Messner, Dirk, 1994: Fallsticke und Grenzen der Netzwerksteuerung, in: Prokla, Jg. 24, Nr. 4, S. 563-596.
- Messner, Dirk, 1995: Die Netzwerkgesellschaft, Köln.
- Messner, Dirk (Hg.), 1998a: Die Zukunft des Staates und der Politik, Bonn.
- Messner, Dirk, 1998b: Die Transformation von Staat und Politik im Globalisierungsprozeß, in: ders. 1998a: 14-43.
- Messner, Dirk/F. Nuscheler, 1996a: Global Governance, Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, SEF Policy Paper 2, Bonn (Stiftung Entwicklung und Frieden).
- Messner, Dirk/F. Nuscheler (Hg.), 1996b: Weltkonferenzen und Weltberichte, Bonn.
- Messner, Dirk/F. Nuscheler, 1996c: Global Governance, Organisationselemente und Säulen einer Weltordnungspolitik, in: dies. 1996b: 12-36.
- Messner, Dirk/F. Nuscheler, 1997a: Global Governance, Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: D. Senghaas (Hg.): Frieden machen, Frankfurt/M., S. 337-361.
- Messner, Dirk/F. Nuscheler, 1997b: Globale Trends, Globalisierung und Global Governance, in: SEF 1997: 27-37.
- MPIfG (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung), 1997: MPIfG Tätigkeitsbericht - Report, Köln.
- Müller, Harald, 1993: Die Chance der Kooperation, Darmstadt.
- Mürle, Holger, 1997: Entwicklungstheorie nach dem Scheitern der „großen Theorie“, INEF-Report 22, Duisburg (Institut für Entwicklung und Frieden).
- Murphy, Craig, 1994: International Organization and Industrial Change, Global Governance since 1850, Cambridge/Oxford.

- Myers, Norman, 1988: Environmental Challenges: More Government or Better Governance, in: *Ambio*, vol. 17, no. 6, S. 411-414.
- OECD, 1996: Globalisation: What Challenges and Opportunities for Governments?, Paris [<http://www.oecd.org/puma/gvrnance/strat/pubs/glo96/toc.htm>; 28.6.1998].
- Padgen, Anthony, 1998: The Genesis of „Governance“ and Enlightenment Conceptions of the Cosmopolitan World Order, in: *International Social Science Journal*, no. 155 (March), S. 7-15.
- Paolini, Albert/A. Jarvis/C. Reus-Smit (eds.), 1998: *Between Sovereignty and Global Governance*, Basingstoke/London.
- Palan, Ronen/J. Abbott/P. Deans, 1996: *State Strategies in the Global Political Economy*, London/New York.
- Princen, Thomas/M. Finger, 1994: *Environmental NGOs in World Politics*, London/New York.
- Putnam, Robert D., 1988: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-level Games, in: *International Organization*, vol. 42, no. 3, S. 427-460.
- RCGG (The Research Centre for Global Governance), 1998: The SISGLOBAL Is Funded, mailing-list communication, 5.5.1998 [pgg@vortex.ufrgs.br].
- Reinicke, Wolfgang H., 1997: Global Public Policy, in: *Foreign Affairs*, vol. 76, No. 6, S. 127-138.
- Reimann, Helga (Hg.), 1997: *Weltkultur und Weltgesellschaft*, Opladen.
- Rhodes, R. A. W., 1996: The New Governance: Governing without Government, in: *Political Studies*, vol. XLIV, no. 4, S. 652-667.
- Risse-Kappen, Thomas (ed.), 1995a: *Bringing Transnational Relations Back In*, Cambridge.
- Risse-Kappen, Thomas, 1995b: Bringing Transnational Relations Back In: Introduction, in: ders. 1995a: 3-33.
- Risse-Kappen, Thomas, 1995c: Structures of Governance and Transnational Relations: What Have We Learned?, in: ders. 1995a: 280-313.
- Rittberger, Volker (Hg.), 1990: *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen.
- Rittberger, Volker (ed.), 1993: *Regime Theory and International Relations*, Oxford.
- Rolén, Mats/H. Sjöberg/U. Svedin (eds.), 1997: *International Governance on Environmental Issues*, Dordrecht/Boston/London.
- Rosenau, James, 1992: Governance, Order, and Change in World Politics, in: Rosenau/Czempiel 1992: 1-29.
- Rosenau, James, 1995: Governance in the Twenty-first Century, in: *Global Governance*, vol. 1, no. 1, S. 13-43.
- Rosenau, James, 1997: *Along the Domestic-Foreign Frontier, Exploring Governance in a Turbulent World*, Cambridge.
- Rosenau, James/E. O. Czempiel (eds.), 1992: *Governance without Government*, Cambridge.
- Ruf, Anja, 1997: The good, the bad and the global, in: *Blätter des iz3w*, Nr. 224 (Oktober), S. 25-27.
- Ruggie, John G., 1975: International Responses to Technology: Concepts and Trends, in: *International Organization*, vol. 29, no. 4, S. 557-583.
- Ruggie, John G., 1997: Globalization and the Embedded Liberalism Compromise: The End of an Era?, MPIfG Working Paper 97/1, Köln (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung) [http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/publikation/working_papers/wp97-1/wp97-1.html; 15.7.1998].

- Ruggie, John G., 1998: *Constructing the World Polity*, London/New York.
- Sakamoto, Yoshikazu (ed.), 1994: *Global Transformation*, Tokyo/New York/Paris.
- Sand, Peter, 1990: *Lessons Learned in Global Environmental Governance*, Washington, DC (World Resources Institute).
- Scharpf, Fritz, 1991: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, in: *PVS*, Jg. 32, Nr. 4, S. 621-634.
- Scharpf, Fritz, 1993: Positive und negative Koordination in Verhandlungssystemen, in: *Héritier* 1993a: 57-83.
- Scharpf, Fritz, 1994: Mehrebenenpolitik im vollendeten Binnenmarkt, MPIfG Discussion Paper 94/4, Köln (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung).
- Scharpf, Fritz, 1996: Demokratie in der transnationalen Politik, in: *Internationale Politik*, Jg. 51, Nr. 12, S. 11-20.
- Schechter, Michael (ed.), i.E. a: *Innovation in Multilateralism*, Basingstoke/London (im Erscheinen).
- Schechter, Michael (ed.), i.E. b: *Future Multilateralism: The Political and Social Framework*, Basingstoke/London (im Erscheinen).
- Schechter/Michael/M. Hewson/W.A. Knight, i.E.: *Global Governance for the Twenty-First Century. The Realistic Potential*, Basingstoke/London (im Erscheinen).
- Schubert, Klaus, 1991: *Politikfeldanalyse*, Opladen.
- Schubert, Klaus, 1994: Steuerungstheoretische Ansätze, in: *Kriz/Nohlen/Schultze* 1994: 452-457.
- Schubert, Klaus, 1995a: Struktur-, Akteur- und Innovationslogik: Netzwerkkonzeptionen und die Analyse von Politikfeldern, in: *Jansen/Schubert* 1995: 222-240.
- Schubert, Klaus, 1995b: Pluralismus, Korporatismus und Politische Netzwerke, *Duisburger Materialien zur Politik- und Verwaltungswissenschaft*, Nr. 16/1995, Duisburg (Universität Duisburg).
- Schumann, Wolfgang, 1996: *Neue Wege in der Integrationstheorie*, Opladen.
- Schramm, Jürgen (ed.), 1995: *The Role of Non-Governmental Organizations in the New European Order*, Baden-Baden.
- SEF (Stiftung Entwicklung und Frieden) (Hg.), 1991: *Gemeinsame Verantwortung in den 90er Jahren/Common Responsibility in the 1990's*, 2. A., Bonn (Stiftung Entwicklung und Frieden).
- SEF (Stiftung Entwicklung und Frieden) (Hg.), 1997: *Globale Trends 1998*, Frankfurt/M.
- Senarclens, Pierre de, 1998: Governance and the Crisis in the International Mechanisms of Regulation, in: *International Social Science Journal*, no. 155 (March), S. 91-104.
- Senghaas, Dieter, 1993: *Global Governance: How Could It Be Conceived?*, in: *Security Dialogue*, vol. 24, no. 3, S. 247-256.
- Sewell, James (ed.), i.E.: *Multilateralism in Multinational Perspective: Viewpoints from Different Languages and Literatures*, Basingstoke/London (im Erscheinen).
- Sewell, James/M. Salter, 1995: Panarchy and Other Norms for Global Governance: Boutros-Ghali, Rosenau, and Beyond, in: *Global Governance*, vol. 1, no. 3, S. 373-382.
- Simai, Mihaly, 1994: *The Future of Global Governance*, Washington, DC.
- Simonis, Udo E., 1996: *Globale Umweltpolitik*, Mannheim etc.
- Simpson, J.A./E.S.C. Weiner (eds.), 1989: *The Oxford English Dictionary*, Second Edition, Vol. VI, Oxford.

- Slaughter, Anne-Marie, 1997: *The Real New World Order*, in: *Foreign Affairs*, vol. 76, no. 5, S. 183-197.
- Smith, Edwin/T. Weiss, 1997: *UN Task-Sharing: Towards or Away From Global Governance?*, in: *Third World Quarterly*, vol. 18, no. 3, S. 595-619.
- Smouts, Marie-Claude, 1998: *The Proper Use of Governance in International Relations*, in: *International Social Science Journal*, no. 155 (March), S. 81-89.
- Staeck, Nicola, 1997: *Politikprozesse in der Europäischen Union, Baden-Baden*.
- Stock, Christian, 1997: *Globale Gouvernanten*, in: *Blätter des iz3w*, Nr. 224 (Oktober), S. 19-22.
- Stoker, Gerry, 1998: *Governance as Theory: Five Propositions*, in: *International Social Science Journal*, no. 155 (March), S. 17-28.
- Streeck, Wolfgang, 1994: *Einleitung des Herausgebers - Staat und Verbände: Neue Fragen. Neue Antworten?*, in: ders. (Hg.): *Staat und Verbände, Opladen (= PVS-Sonderheft 25/1994)*, S. 7-34.
- Streeten, Paul, 1995: *Global Governance for Human Development*, in: *Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik (Hg.): Neuorientierungen der Entwicklungspolitik, Frankfurt/M. etc.*, S. 43-68.
- Tuathail, Gearóid Ó, 1995: *Political Geography I: Theorizing History, Gender and World Order Amidst Crises of Global Governance*, in: *Progress in Human Geography*, vol. 19, no. 2, S. 260-272.
- UNU Advisory Team, o.J.: *Programme on Peace, Security and Global Governance, A UNU Agenda for Research, Reflexion and Advanced Training, Advisory Team Report, Tokyo* [<http://www.unu.edu/hq/academic/reppeace.html>; 13.12.1997].
- Varwick, Johannes, 1998: *Globalisierung und „Global Governance“*, in: *Gegenwartskunde*, Jg. 47, Nr. 1, S. 47-59.
- Waarden, Frans van, 1992: *Dimensions and Types of Policy Networks*, in: *European Journal of Political Research*, vol. 21, no. 1-2, S. 29-52.
- Washington, Sally, 1996: *Globalisation and Governance*, in: *The OECD Observer*, no. 199 (April/May), S. 24-27.
- Waterman, Peter, 1996: *Beyond Globalism and Developmentalism: Other Voices in World Politics*, in: *Development and Change*, vol. 27, S. 165-180.
- Weiss, Thomas G. (ed.), 1998: *Beyond UN Subcontracting, Task Sharing with Regional Security Arrangements and Service-Providing NGOs*, Basingstoke/London.
- World Bank, 1989: *Sub-Saharan Africa - From Crisis to Sustainable Growth*, Washington, DC.
- Young, Oran, 1994: *International Governance, Protecting the Environment in a Stateless Society*, Ithaca/London.
- Young, Oran/G. Demko/K. Ramakrishna (eds.), 1996: *Global Environmental Change and International Governance*, Hanover/London.
- Zacher, Mark, 1996: *Governing Global Networks*, Cambridge.
- Zangl, Bernhard, 1994: *Politik auf zwei Ebenen*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg.1, H. 2, S. 279-312.
- Zürn, Michael, 1992: *Interessen und Institutionen in der internationalen Politik*, Opladen.
- Zürn, Michael, 1994: *Das Projekt „Komplexes Weltregieren“*, in: C. Leggewie (Hg.): *Wozu Politikwissenschaft?*, Darmstadt, S. 77-88.

Zürn, Michael, 1996: Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenensystem, in: PVS, Jg. 37, H. 1, S. 27-55.

Zürn, Michael, 1997: Does International Governance Meet Demand?, InIIS-Arbeitspapier Nr. 4-5/97, Bremen (Institut für Interkulturelle und Internationale Studien).

Zürn, Michael/K. D. Wolf/M. Efinger, 1990: Problemfelder und Situationsstrukturen in der Analyse internationaler Politik. Eine Brücke zwischen den Polen?, in: Rittberger 1990: 151-174.